

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 15. Dezember 1953

Blatt 2161

Dr. Viktor Kritscha - Bürger der Stadt Wien
=====

Die hohe Ehrung vom Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossen

15. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern abend einstimmig den scheidenden Magistratsdirektor Dr. Viktor Kritscha in Würdigung seiner besonderen Verdienste um den Wiederaufbau der Stadtverwaltung nach ihrem Zusammenbruch bei Beendigung des zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Dr. Viktor Kritscha ist bekanntlich nach Erreichung der Altersgrenze aus Gesundheitsrücksichten in den dauernden Ruhestand getreten.

Dr. Viktor Kritscha, geboren am 1. August 1885 in Wien, ist am 20. April 1911 in den Dienst der Gemeinde Wien getreten und wurde dem Magistratischen Bezirksamt für den 4. Bezirk zugeweiht. Schon nach kurzer Zeit wurde er auf Grund seiner Dienstleistung in den damaligen Fuhrwerksbetrieb versetzt und mit dem Personalreferat betraut. Seine ausgezeichneten Kenntnisse in Personalfragen und Verwaltungsangelegenheiten rückten ihn in das Blickfeld des damaligen Amtsführenden Stadtrates für Personalangelegenheiten Paul Speiser. Auf Grund seiner fachlichen Qualitäten wurde er 1925 in die Abteilung für allgemeine Personalangelegenheiten, die damalige Magistratsabteilung 1, berufen und im Jahre 1928 zu deren Leiter bestellt. Hier erwies er sich als hervorragender Fachmann auf dem schwierigen Gebiete des Personalrechtes. Bereits 1927 wurde er auszeichnungswise zum Obermagistratsrat ernannt. Im Jahre 1932 wurde er von dem damaligen Finanzreferenten Stadtrat Dr. Danneberg in die Finanzverwaltung berufen. Er war damals bereits als künftiger Nach-

folger des Magistratsdirektors Dr. Karl Hartl in Aussicht genommen. Das Jahr 1934 brachte jedoch eine völlig neue Konstellation. Dr. Kritscha wurde wieder mit der Leitung der Personalabteilung betraut, die er bis 1945 behielt. Im Jahre 1935 erfolgte seine Ernennung zum Senatsrat. Nach Beendigung des 2. Weltkrieges und nach dem völligen Zusammenbruch der Verwaltung wurde er am 22.6.1945 zum Magistratsdirektor bestellt. Nur ein Mann mit außergewöhnlichen Fähigkeiten und reichen Erfahrungen war in der Lage, die geradezu chaotischen Verhältnisse zu meistern und die Verwaltung wieder in geregelte Bahnen zu führen. Die Aufgabe, die ihm gestellt wurde, war eine außerordentliche und unvergleichbare. Magistratsdirektor Dr. Kritscha bewältigte sie mit beispielgebender Hingabe und Aufopferung aller persönlichen Rücksichten. Er war dank seiner umfassenden Kenntnisse und Erfahrungen ein unersetzlicher Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der er in selbstloser Weise ohne Schonung seiner Gesundheit diente und deren Interesse er in hervorragender Weise vertrat.

Dank und Anerkennung für zwei verdiente Beamte
=====

15. Dezember (RK) Ebenfalls gestern hat der Wiener Gemeinderat Obersenatsrat Dipl.Ing. Otto Steiner und Obersenatsrat Dr. Johann Goldhann anlässlich ihrer Versetzung in den dauernden Ruhestand für ihre stets ausgezeichnete und überaus verdienstvolle Tätigkeit den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Ehrenmedaille für Professor Rudolf Marschall
=====

15. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern beschlossen, dem Wiener Medailleur Hofrat Professor Rudolf Marschall anlässlich des 80. Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um die Wiener Medailleurkunst die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Marschall war am 3. Dezember achtzig Jahre alt. Er ist geborener Wiener. Gleich seinem Vater und seinen Großvätern

wurde er Graveur und Guillocheur. Seine guten Arbeiten fielen bald auf und am Ende seiner Berufsausbildung erhielt er den 1. Preis der Graveurinnung zuerkannt. Der gute Studienerfolg veranlaßte ihn, sich an der Akademie der bildenden Künste zu vervollkommen. Er wurde Schüler Prof. Tautenhayns, der damals die Meisterschule für Medailleurkunst leitete. An der Akademie erhielt Marschall alle Preise, die diese Schule zu vergeben hatte. Nach Beendigung seiner Studien lebte er als freischaffender Künstler. Bereits 1903 wurde er zum Kammermedailleur, 1904 als Nachfolger Tautenhayns zum ordentlichen Professor und 1905 zum Leiter der akademischen Meisterschule für Medailleurkunst ernannt. 1938 ist er in den dauernden Ruhestand getreten. Sein Gesamtschaffen umfaßt über 900 Werke, deren Originalentwürfe 1945 zum Großteil durch Brand vernichtet wurden. Seine Arbeiten sind in Museen und Privatsammlungen des In- und Auslandes zu sehen und geben Zeugnis von seiner unermüdlichen künstlerischen Tätigkeit. Außer Porträtmedaillen und -plaketten führender Persönlichkeiten aus der Zeit des Kaiserreiches und der ersten Republik, Orden, Preisen, österreichischen und ausländischen Geldmünzen hat er auch einige Großplastiken geschaffen. Für seine Arbeiten wurde er mehrfach ausgezeichnet.

Marschall galt aber auch als ausgezeichnete Lehrer und es ist sein Verdienst, daß die in aller Welt bekannte Wiener Medailleurschule ihren Ruf erhalten und vertiefen konnte.

Keramik-Ausstellungen in Städtischen Büchereien

=====

15. Dezember (RK) In der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Secession werden neuer auch künstlerisch wertvolle Keramiken gezeigt.

Die Städtischen Büchereien sind bemüht, über ihre engere volksbildnerische Tätigkeit mit Hilfe der Literatur hinausgehend auch auf dem Gebiet der Geschmackskultur wegweisend zu wirken. Sie haben daher auch in ihren Zweigstellen Ausstellungen formechöner Keramiken veranstaltet.

Die Aktion, die unter der Devise "Gute Bücher - gute Keramiken" läuft, wurde von den Lesern der Büchereien sehr begrüßt

und konnte die Bestrebungen der Akademie für angewandte Kunst unterstützen, saubere, gediegene und einfache Handwerksarbeit als Gegengewicht zu den überladenen, häufig verkitschten Gegenständen sonstiger keramischer Produktion in möglichst breite Kreise zu bringen.

Rinderhauptmarkt vom 14. Dezember

=====

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 16 Ochsen, 6 Kühe, Summe 22. Neuzufuhren: 657 Ochsen, 219 Stiere, 1148 Kühe, 92 Kalbinnen, Summe 2116. Gesamtauftrieb: 673 Ochsen, 219 Stiere, 1154 Kühe, 92 Kalbinnen, Summe 2138. Verkauft wurden: 659 Ochsen, 213 Stiere, 1128 Kühe, 90 Kalbinnen, Summe 2090. Unverkauft: 14 Ochsen, 6 Stiere, 26 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 48. Preise: Ochsen 6.50 bis 9.20, Extrem 9.30 bis 9.60 (10 Stück), Stiere 7.50 bis 9.- S, Extrem 9.10 bis 9.20 S (4 Stück), Kühe 5.90 bis 7.60 S, Extrem 7.70 bis 8.- S (10 Stück), Kalbinnen 7.20 bis 8.80 S, Extrem 8.90 bis 9.50 S (7 Stück), Beinvieh 4.50 bis 6.- S.

Bei leichter Qualitätsverschlechterung wurden die Vorwochenpreise behauptet.

Wien im vergangenen Sommer

=====

15. Dezember (RK) Das soeben erschienene Heft der "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung" bringt interessantes Zahlenmaterial über das Leben in der Bundeshauptstadt in den Monaten Juli bis September. Der heißeste Monat war der Juli mit fünf Hitzetagen und Temperaturen bis zu 32.2 C⁰. Im Juli gab es nicht nur die meisten Niederschläge sondern auch die heftigsten Stürme bis zu 97 Stundenkilometern. Der Juli hält noch andere Rekorde: 1960 Paare haben geheiratet, 992 Kinder wurden geboren. Die städtischen Bäder hatten im Juli mit 1,313.000 Badegästen die stärkste Frequenz. Ende September wurden in Wien 88.662 Kraftfahrzeuge, um 2.200 mehr als zu Beginn des Sommers, gezählt. Die meisten Ausländer kamen auch heuer wieder im

15. Dezember 1953 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2165

August nach Wien, nämlich 32.346. In diesem Monat stieg die Zahl der Übernachtungen in den Wiener Hotelbetrieben auf 120.000.

Das Einzelheft der "Mitteilungen" kostet 4 Schilling.

Das Augenlicht für eine junge Frau
=====

Ein persönliches Geschenk des Wiener Bürgermeisters

15. Dezember (RK) Eine 24jährige Penzingerin, die ein hartnäckiges Augenleiden hat und sich seit längerer Zeit in Behandlung des Hanusch-Krankenhauses befindet, erwartet eine große und freudige Überraschung: Kontaktschalen für ihre erkrankten Augen. Bürgermeister Jonas, der durch Zufall von dem Leiden dieser jungen Frau erfuhr, hat sich sofort mit dem behandelnden Arzt in Verbindung gesetzt und sich bereit erklärt, die Herstellungskosten der Augenschalen zu übernehmen. Sie werden ein persönliches Geschenk sein.

Die Patientin hat an beiden Augen eine kegelförmige Verwölbung der Hornhaut mit zahlreichen Hornhautnarben. Sie bekam zwar für beide Augen Zeiss'sche Kontaktschalen, mit denen sie fast normal sehen kann; zu ihrem Leidwesen aber entstehen nach kurzer Zeit an der Hornhaut so schmerzhaft Defekte, daß die Schalen wieder entfernt werden müssen. Bürgermeister Jonas hat in Erfahrung gebracht, daß in New York eine Firma besondere Kontaktschalen herstellt. Im Hanusch-Krankenhaus wird man mit den von dieser amerikanischen Firma gelieferten Materialien von beiden Augen Abdrücke machen, nach welchen dann der amerikanische Spezialist die Kontaktschalen anfertigen wird. Die Ärzte hoffen, daß die junge Frau mit den neuen Spezialgläsern wieder ihr volles Sehvermögen erhält und arbeitsfähig sein wird.

Das Personal der Stadt Wien
=====Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat

15. Dezember (RK) Heute vormittag wurden unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat fortgesetzt. Stadtrat Sigmund (SPÖ) berichtete über die Geschäftsgruppe I, Personalwesen, Verwaltungs- und Betriebsreform. Eingangs erwähnte er, daß ihm im vorigen Jahr der Vorwurf gemacht wurde, er habe nur einen Tätigkeitsbericht der vergangenen Monate erstattet. Er wolle sich heuer diesen Vorwurf nicht wieder zuziehen, müsse aber darauf verweisen, daß eine Berichterstattung über das kommende Jahr für seine Geschäftsgruppe überaus schwierig ist. Finanziell ist der Rahmen gezogen; dienstrechtlich sind die Grundlagen vorhanden. Darüber hinaus sei ihm die Aufgabe gestellt, im Wege der Verwaltungsreform notwendige Veränderungen vorzunehmen.

87.899 Aktive und Pensionisten

Die öffentliche Verwaltung im Jahr 1953 hat keine wesentlichen neuen Aufgaben gebracht, sodaß eine Vermehrung des Personalstandes nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Der Referent sagte, er habe versucht durch organisatorische Veränderungen eine Senkung des Personalstandes herbeizuführen, umsomehr als wir alle das Gefühl haben, daß die Personalstände der Gemeinde Wien im Vergleich zu der Zeit vor 1934 heute zu hoch sind. Ich habe mich bemüht, die Grundlagen dafür zu finden, wie weit diese Behauptung gerechtfertigt ist. Seit 1934 ist nämlich zusätzliches Personal durch die Neuübernahme von Verwaltungsaufgaben notwendig geworden. Ich habe daher versucht, betonte Stadtrat Sigmund, den Rahmen festzustellen, der mir 1954 zugewiesen ist. Im kommenden Jahr wird die Stadt Wien für insgesamt 87.899 Aktive und Pensionisten zu sorgen haben. Das sind um 645 Aktive und Pensionisten weniger. Dabei wurden heuer die Beschäftigten im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien nicht mit einbezogen, weil dort das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni festgelegt ist und der Wirtschaftsplan daher nicht vorliegt. Die Entwicklung des Personalstandes im kommenden Jahr

ist verglichen mit dem Voranschlag 1953 folgendermaßen: 1953 waren 34.773 Bedienstete festgesetzt. Am 1. August 1953 hatte die Stadt Wien 34.877 und im Voranschlag 1954 sind 34.469 Bedienstete vorgesehen. Der Stand des vollbeschäftigten Personals ist gegenüber 1953 um 362 geringer, der des nichtständigen Angestellten um 56, während sich der Stand an Nichtvollbeschäftigten und Halbtagsbeschäftigten um 114 erhöht hat. Bei den Wiener Stadtwerken werden 1954 20.560 beschäftigt sein, um 138 weniger als 1953. Bei den Pensionisten ist die Entwicklung umgekehrt. 1953 waren es 17.931. Wir werden 1954 voraussichtlich 18.343, also um 412 Pensionisten mehr bekommen.

Der Personalaufwand, der mit 980 Millionen Schilling im Ansatz für 1954 angesetzt ist, ergibt als Folge der Neuregelung der Bezüge für die städtischen Bediensteten und Pensionisten folgende Details: Die Hauptbezüge werden sich für 1954 im Voranschlag auf rund 657 Millionen, die Nebenbezüge auf 35 Millionen, die Ruhe- und Versorgungsgegenstände auf 193 Millionen, die Beiträge für Sozialversicherung auf 32 Millionen, die Ersätze an fremde Stellen auf 19 Millionen, die Gehaltvorschüsse auf 40 Millionen, Aushilfen und Remunerationen auf 1 Million stellen.

Die Stadtwerke werden für ihr Personal einen Aufwand von rund 192 Millionen Schilling zu leisten haben. Alle Unternehmungen zusammen werden im Jahr 1954 insgesamt 887 Millionen Schilling ausgeben.

Stadtrat Sigmund zog nun einen Vergleich zwischen den Ziffern des Voranschlages und denen des Jahres 1930. Damals gab es in Wien 18.635 Aktive und 6.578 Pensionisten. Demgegenüber beträgt die Zahl der Aktiven im Jahre 1954 33.624 und die der Pensionisten 13.875. Eine Aufgliederung der Personalstände in der heutigen Form wurde vor 1938 nicht vorgenommen. Ein Vergleich kann daher nur für jene Dienstzweige angestellt werden, die betriebsmäßig verrechnet wurden. Eine starke Personalvermehrung ist bei den Kindergärten eingetreten, die durch die Errichtung neuer Kindergärten bedingt ist; ebenso bei den Kinderheimen. Bei den Altersheimen ist fast eine Verdopplung des Personalstandes zu verzeichnen. Hier drückt sich nicht nur die Überalterung der Bevölkerung aus, sondern auch der Umstand, daß immer mehr Sieche in den Altersheimen untergebracht werden.

Sehr groß ist die Personalvermehrung bei den Krankenhäusern durch den Zuwachs von Anstalten und bedingt durch neue Behandlungsmethoden; eine Erscheinung, die auch in anderen Ländern zu verzeichnen ist. Eine weitere Personalvermehrung ist durch die Übernahme der Freiwilligen Rettungsgesellschaft durch die Gemeinde eingetreten. Für den Rettungsdienst ist 1954 ein Personalstand von 130 Personen vorgesehen. Die Personalstände der Wasserwerke weisen gegenüber 1930 einen Zuwachs von 131 Personen auf, bedingt durch die vermehrte Wasserabgabe, die Errichtung von neuen Pumpwerken und die Erhöhung der Anschlüsse durch die Eingemeindung. Das Gartenpersonal hat sich fast verdoppelt. Die Ursachen dafür liegen in der Eingemeindung, durch die Übernahme verschiedener Parkanlagen, die Übernahme des Pflanzenschutzdienstes durch die große Zahl der Wohnhausgärten. Das Friedhofpersonal hat sich um 115 Personen vermehrt, bedingt durch die Übernahme von 50 Friedhöfen anlässlich der Eingemeindung. Auch die Vermehrung des Bäderpersonals um 63 Personen ist zum Teil auf die Eingemeindung zurückzuführen. Der Personalstand der Wäschereien hat sich fast verdoppelt durch den Zuwachs der Fondsanstalten. Die Personalvermehrung beim Fuhrpark ist auf die Erhöhung des Wagenparkes zurückzuführen, die Vermehrung des Personals der Straßenpflege auf die Erweiterung des Stadtgebietes. Das Personal des Wohnungsamtes hat gleichfalls eine Vermehrung zu verzeichnen, bedingt unter anderem durch die größere Zahl von Gemeindewohnhäusern. Die Personalvermehrung beim Beschaffungsamte ist gleichfalls auf die Eingemeindung zurückzuführen. Auch die Vermehrung des Standes der Feuerwehr ist zum Teil durch die Vergrößerung des Stadtgebietes bedingt. Außer dieser Personalvermehrung um 12.000 Personen sind durch Zuwachs neuer Agenden noch folgende Personalvermehrungen begründet: Das Kulturamt der Stadt Wien mit seinen Einrichtungen, die Flüchtlingsfürsorge, die Kriegssachschadenbehebung, die Hafenverwaltung, die Gumpoldskirchner Wein- und Obstbauschule, die Standesämter, die Aktion Jugend am Werk und die Bezirke 22 bis 26 haben gegenüber 1930 eine Personalvermehrung um fast 12.000 Personen gebracht. Es ergibt sich also daraus ein Gesamtpersonalzuwachs von 13.200 Personen. Somit entfällt auf die eigentliche Hoheitsverwaltung eine Personalvermehrung um rund 13.000 Personen, die durch vermehrte

Verwaltungsaufgaben usw. bedingt ist. Wenn wir also davon reden in welcher Richtung unsere Reformen gehen müssen, resümierte der Referent, glaube ich festgestellt zu haben, daß man nicht allgemein von einem aufgeblähten Beamtenapparat sprechen kann. Man muß vielmehr im einzelnen feststellen, welche Gründe zu einer Personalvermehrung führten und in den einzelnen Abteilungen durch Reorganisation versuchen, die Arbeit wieder auf ein vernünftiges Maß zurückzubringen.

115.000 Ansuchen um Aufnahme

Der Wunsch in die Gemeindeverwaltung aufgenommen zu werden, ist bei der Wiener Bevölkerung nach wie vor sehr rege. Von 1946 bis Ende 1953 sind 115.000 Gesuche um Aufnahme bei der Gemeinde eingelaufen. Es muß also jener Meinung entgegengetreten werden, daß die Beschäftigung ^{bei} der Stadt Wien nicht erstrebenswert ist. Im allgemeinen muß man heute sagen, daß die finanziellen Unterschiede zwischen der Bezahlung in der Stadt und der Privatwirtschaft nicht mehr zu Ungunsten der städtischen Angestellten ausfällt. Die Aufnahmen wurden jedoch überaus stark gedrosselt. Von einer absoluten Aufnahmesperre kann jedoch nicht geredet werden. Es wird jeder einzelne Platz genau geprüft, ob eine Neuaufnahme notwendig ist. 1953 wurden in der Hoheitsverwaltung 238 Personen aufgenommen; im Schema I (Anmerkung: Arbeiter) 117 Personen und als Vertragsangestellte 478 zum Teil nebenberuflich beschäftigte Personen. Diesen Aufnahmen stehen die Ausscheidungen gegenüber. 1953 sind 608 Beamte ausgeschieden durch Pensionierung, Kündigung, Dienstentsagung, Ableben usw., und 427 Vertragsbedienstete, sodaß insgesamt 1.035 Personen ausgeschieden sind. Dazu kommen 525 durch den Tod abgegangene Pensionisten, sodaß sich der Gesamtstand insgesamt um 219 Personen vermindert hat

Im Zuge der Verhandlungen über das Jugendeinstellungsgesetz war die Stadt Wien bestrebt mitzuhelfen, den Schwierigkeiten der Jugend Herr zu werden. Es wurde auch dem Wunsch des Gemeinderates nach möglichster Berücksichtigung der Mädchen Rechnung getragen und die verfügbaren Stellen zur Hälfte auf männliche und weibliche Jugendliche aufgeteilt.

Zur Weiterbildung der städtischen Bediensteten wurden insgesamt 209 Kurse mit 10.326 Kursestunden abgehalten, an denen

nahezu 6.000 Personen teilgenommen haben.

Stadtrat Sigmund erklärt, es erscheine ihm wesentlich, die Liebe zur Arbeit der städtischen Angestellten im vermehrten Maße zu wecken und ihnen den Arbeitsplatz zu geben, den sie sich wünschen und für den sie sich auch eignen. Es wurden nach entsprechenden Schulungen aus diesem Grunde 403 gewünschte Versetzungen vorgenommen.

Zu der in der letzten Budgetdebatte gestellten Forderung nach gleichen Dienstverträgen für Männer und Frauen des Landwirtschaftsbetriebes kann berichtet werden, daß durch die Einführung von Melkmaschinen, die also die gleiche Arbeitsleistung bei Männern und Frauen erfordern, auf diesem Arbeitsgebiet die Gleichstellung bereits durchgeführt wurde. Sollten sich auch noch anderswo derartige Möglichkeiten ergeben, wird auch hier dem Wunsch des Gemeinderates entsprochen werden.

Die Verwaltungsreform

Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform wurden heuer zwei Maßnahmen getroffen, und zwar die Auflösung der Magistratsabteilung 22, Bauhöfe, und die Zusammenlegung der Magistratsabteilung 55 und 56, die sich beide mit dem Schulwesen beschäftigt haben. Die zur Magistratsabteilung 22 gehörende Heizwerkstätte wurde der Magistratsabteilung 32 hinzugefügt. Die Auflösung der Bauhöfe liegt darin begründet, daß die Kontrahenten nun ja jederzeit bereit sind, verlangte Arbeiten durchzuführen, mitunter sogar billiger und besser.

Stadtrat Sigmund verweist darauf, daß es auch für die Zukunft eine Reihe solcher Maßnahmen gäbe, die allerdings erst sorgfältig überprüft und erprobt werden müssen. Es wurde daher auch noch nicht mit den zuständigen Amtsführenden Stadträten darüber verhandelt. So beschäftigt man sich mit der Schaffung der Grundlagen für ein Amt für Provisionierung. Es könnte vielleicht auch das Marktamt mit dem Veterinäramt zusammengelegt werden, wobei zu prüfen ist, inwieweit die Kühl- und Lagerhäuser hier eingegliedert werden können. Auch eine Zusammenlegung der Bestattung mit der Friedhofsverwaltung könnte eine zweckmäßige Maßnahme sein, gleichfalls die Zusammenlegung der Gesundheitsämter mit den Jugendämtern in den Bezirken.

Stadtrat Sigmund teilt mit, daß in seiner eigenen Geschäftsgruppe durch die Bestellung Dr. Kinzls zum Magistratsdirektor die Stelle des Gruppenleiters in Hinkunft entfällt. Ab nun haben die Abteilungsleiter die vermehrte Verantwortung zu tragen. Dies soll jedoch nichts im Verhältnis der Abteilungsleiter zum Amtsführenden Stadtrat ändern. Als eine Fortsetzung dieses Beginnes der Vereinfachung in der eigenen Gruppe käme eine Zusammenlegung der Amtsinspektion mit dem Personaleinsatz in Betracht.

Der Referent weist dann auf die starke technische Ausrüstung gewisser Abteilungen hin, die er vor kurzer Zeit in der Stadt Graz feststellen konnte. Er bezeichnet dies auch für Wien als wünschenswert. Einige Ansätze hierzu gibt es in unserer Stadt ja bereits, wie zum Beispiel die Holleryth-Maschinen bei der Straßenbahn und andere moderne technische Büromaschinen. Stadtrat Sigmund erklärt, er wolle die Berichte auf diesem Gebiete jedoch dem zuständigen Stadtrat Dkfm. Nathschläger überlassen, der in diesem Zusammenhang ja auch über die Vereinfachung im Inkasso der Stadtwerke sprechen wird.

Die bisherige Gepflogenheit, daß für Arbeitsleistungen, die über den Rahmen der Verpflichtung hinausgehen, um außerordentliche Stufenvorrückungen angesucht wurde, bedürfe einer Änderung. Stadtrat Sigmund erklärt, er ist der Meinung, daß man die normale Beförderung des Angestellten von seiner Eintrittsbasis nach der Dienstordnung vornehmen soll. Außerordentliche Stufenvorrückungen sollen wirklich nur bei ganz außerordentlichen Leistungen gemacht werden. Normale, über das durchschnittliche Maß hinausgehende Leistungen soll man, so wie es in der Wirtschaft üblich ist, durch einmalige Zuerkennung von Beträgen, um die sich der Angestellte etwas kaufen kann, abgelten. Der Betrag für Remunerationen wurde in Besprechungen mit dem Finanzreferenten wesentlich erhöht. Die bisherige Form der listenmäßigen Anträge für solche Stufenvorrückungen lehne er in Zukunft jedoch ab.

Stadtrat Sigmund drückt seine Freude darüber aus, daß die Fälle, in denen wegen kleinen und größeren Ordnungswidrigkeiten Disziplinarverhandlungen eingeleitet werden mußten, sehr gering sind im Verhältnis zur großen Zahl der Beschäftigten.

Wenn es auch bedauerliche Einzelfälle gab, die in der Öffentlichkeit viel besprochen und oft auch aufgebauscht wurden, muß man bedenken, daß die Gemeinde Wien 60.000 Angestellte hat und gelegentlich eine Entgleisung vorkommt. Diese soll man jedoch nicht dazu benützen, den Gesamtstand der vielen braven Zehntausend zu verunglimpfen.

Der Stadtrat berichtet dann über die in die Berichtsperiode fallende Erledigung der Beamtenentschädigung. In der Zeit bis zum 5. September 1953, dem letzten Tag für die Einbringung der Ansuchen nach dem Beamtenentschädigungsgesetz, sind bei den städtischen Unternehmungen 1.020 und beim Magistrat 1.308 Ansuchen, somit insgesamt 2.328 Ansuchen eingereicht worden. 2.229 dieser Ansuchen wurden erledigt und nur 260 abgelehnt. Die Kosten für die berechtigten Ansprüche aus der Beamtenentschädigung werden ungefähr 30 Millionen Schilling betragen.

Unter den nicht erledigten Anträgen sind solche von Ausländern, deren Erledigung infolge der Korrespondenz mit dem Ausland noch nicht erfolgen konnte, ferner einige Anträge für deren Erledigung die Todeserklärung des gemäßregelten Bediensteten abzuwarten ist, und bei den übrigen Anträgen sind die Erhebungen über die Maßregelung noch nicht abgeschlossen. Es bestehen aber Bemühungen auch diese Fälle rasch zu erledigen.

Zu der Frage der Vordienstzeitenanrechnung gab Stadtrat Sigmund bekannt, daß seit dem Beginn der Vordienstzeitenanrechnung beim Magistrat 16.700 Ansuchen und bei den Städtischen Unternehmungen 9.800 Ansuchen eingebracht wurden, zusammen also 26.500. Von diesen wurden bisher beim Magistrat 15.510 und bei den Städtischen Unternehmungen 8.100 bescheidmäßig erledigt, zusammen also 23.610. Von den Erledigungen entfallen auf das Jahr 1953 2.462 beim Magistrat und 2.550 bei den Städtischen Unternehmungen.

Die Wiederverlautbarung des Dienstrechtsgesetzes wurde schon in der letzten Budgetdebatte besprochen. Dem fügte Stadtrat Sigmund hinzu, die Beratungen und Vorarbeiten wären nun soweit gediehen, daß sich die Wiener Landesregierung in Kürze mit dieser Angelegenheit beschäftigen kann. Damit wird in einem wichtigen Teil unserer öffentlichen Verwaltung die notwendige Klarheit wieder hergestellt sein.

Stadtrat Sigmund gab dann einen Überblick über die von seiner Verwaltungsgruppe durchgeführte Bearbeitung von Geschäftsstücken. So wurden z.B. dem Gemeinderatsausschuß I in 17 Sitzungen insgesamt 1.124 Geschäftsstücke zur Beschlußfassung vorgelegt. Davon entfallen auf Allgemeine Angelegenheiten 13, auf die Regelung von Nebenbezügen 69, Zuerkennung von Dienst- und Arbeitskleidern 33, Unterstellung unter die Dienstordnung 18 Akten mit 85 Bediensteten, auf die Anrechnung von Vordienstzeiten 184 Akten mit 1.883 Bediensteten, auf Überstellungen 72 Akten mit 539 Bediensteten. Der Gemeinderätlichen Personalkommission wurden in gleichem Zeitraum 965 Geschäftsstücke zur Beschlußfassung unterbreitet.

Abschließend nahm Stadtrat Sigmund Stellung zu den in der gestrigen Sitzung von Gemeinderat Schwaiger vorgebrachten Beschwerde über das Ausscheiden von 2 Bediensteten der Gaswerke, die freiwillig ihre Arbeitsplätze aufgaben, um sich voll ihrer sportlichen Tätigkeit widmen zu können. Wie Stadtrat Sigmund ausführte, wurde er von den beiden Bediensteten dahingehend informiert, sie hätten sich zur Aufgabe ihrer Anstellung bei der Gemeinde Wien entschlossen, nachdem ihnen von einem Ligaklub als Geschenk ein Delikatessengeschäft in Aussicht gestellt wurde, und zwar unter der Bedingung, daß sie der Städtische Sportklub Gaswerk sofort freigibt. Der Wiener Ligaklub hat sein Versprechen aber nicht eingehalten. Die Spieler blieben ohne Existenz und strebten eine Wiederanstellung bei der Gemeinde Wien an. In einem Fall ist sie tatsächlich wieder erfolgt, jedoch, wie der Stadtrat ausdrücklich betonte, ohne Rücksicht darauf, ob er bei einer städtischen Sportvereinigung Fußball spielen will oder nicht. Man wollte in diesem Fall eben vermeiden, daß ein unüberlegter Schritt für den jungen Menschen dauernde Konsequenzen nach sich ziehen soll.

Zur Frage der Beurlaubung von Spielern erklärte Stadtrat Sigmund, daß die Wünsche der Vereine um Beurlaubung von Spielern vielfach nicht mehr vertretbar sind. Es wurde eine Vereinbarung mit dem Bund getroffen, wonach Fußballer des Nationalteams, die bei der Gemeinde Wien beschäftigt sind, so lange Urlaub bekommen, wie sie ihn brauchen. Spieler, die außerhalb Österreichs von ihren Vereinen eingesetzt werden, können zusätzlich zu ihrem Normalurlaub noch bis zu 30 Tagen Sonderurlaub erhalten.

Stadtrat Sigmund gab der Meinung Ausdruck, daß manche aktive Sportler ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst nur als eine Tätigkeit für solche Tage erachten, an denen sie nicht als Sportler tätig sind. Man kann niemandem zumuten, daß er monatelang für abwesende Sportler arbeitet.

Stadtrat Sigmund dankte allen seinen Mitarbeitern und allen, die ihm geholfen haben, sein Amt ohne größere Reibungen zu führen und bat um Annahme seiner Ansätze (Beifall bei den Sozialisten).

In der Spezialdebatte ergriff als erster GR. Doppler (WdU) das Wort. Er beschäftigt sich mit den Veränderungen im Personalstand der einzelnen Verwaltungssparten und verglich dann die Ansätze für das kommende Jahr mit jenen in den vergangenen Jahren und insbesondere mit dem Jahr 1937. Daraus ergebe sich klar, führte er aus, daß die Gemeindebediensteten gegenüber Bediensteten anderer Körperschaften benachteiligt werden. Er bezeichnete dies als eine ungerechtfertigte Benachteiligung und setzte sich für eine Neuregelung der Arbeitszeit, die Gewährung des 14. Monatsgehältes sowie Erfüllung anderer Forderungen, wie sie im Jahre 1952 auch von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vorgebracht wurden, ein. In der Frage der Aufhebung der Vorrückungssperre für ehemalige Nationalsozialisten verlangt er eine generelle Lösung.

Der Redner stellt in Bezug auf die Novellierung des Dienstrechtes das Land Vorarlberg als ein Vorbild hin. Auch in Graz hätte man Verschiedenes versucht, das unter Umständen in Wien Vorbild sein könnte.

GR. Doppler spricht dann über die Behandlung jener Beamten, die nach 1945 vorzeitig aus dem Dienst gestellt wurden. Bei allen anderen Gemeinden hat man diese Leute, wenn sie eine entsprechende Dienstbeschreibung aufwiesen, wieder in Dienst gestellt. Wer hindert die Gemeinde Wien, so fragt der Redner, diese Beamten wieder einzustellen?

Abschließend sagt GR. Doppler, er stelle freimütig fest, daß unter der Leitung des derzeitigen Stadtrates verschiedene Maßnahmen als rein menschlichen Erwägungen getroffen wurden und sich vereinzelt wohltuend von der Ära seines Vorgängers abheben. Trotzdem sind verschiedene Forderungen der Gemeindebediensteten noch nicht berücksichtigt.

Er stellte mit Bedauern fest, daß in dieser Hinsicht bei den Worten des Stadtrates für die Zukunft nichts angedeutet wurde. Aus diesem Grund könne er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu diesem Budget nicht geben.

GR. Dr. Altmann (LBl.) stellt eingangs fest, Stadtrat Sigmund habe sich in seinem Referat wenig mit den entscheidenden Fragen des Personals der Stadt Wien beschäftigt. Die Hauptfrage, die im letzten Jahr alle öffentlichen Angestellten und auch die Wiener Gemeindebediensteten bewegt, war die Frage der sogenannten Entnivellierung. Man ist sich darüber klar, daß alles, was auf diesem Gebiet beschlossen wurde, dem Ziel nicht nahe gekommen ist: der Herstellung des Realwertes der Gehälter. Der Redner verweist dabei auf die Rücklagen der Gemeinde und meint, daß diese wenigstens dazu verwendet werden könnten, die zweite Etappe der Entnivellierung vorzeitig auszuführen. Er stellt einen Resolutionsantrag, Stadtrat Sigmund solle unverzüglich mit der Gewerkschaft in Verhandlungen über die Vorziehung der nächsten Etappe der Entnivellierung treten; diese solle ab 1. Jänner 1954 und nicht erst 1955 durchgeführt werden.

Im folgenden bespricht Gemeinderat Dr. Altmann als Beispiele einige Forderungen. So müsse die Frage des Grundgehaltes, der die Grundlage für die Gesamtentnivellierung darstellt, geregelt werden. Der Redner verlangt die Einbeziehung der starren Zulage von 50 S in den Grundgehalt, wodurch sich besonders für die niedrigen Gehälter eine berechtigte Erhöhung ergäbe.

Als eine andere Forderung bezeichnet der Redner die Wiederherstellung einer Berechtigung, die den städtischen Angestellten vor 1934 zustand: die Einführung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung auf den städtischen Verkehrsmitteln. Weiter verlangt er die Wiedereinführung der Sonn- und Feiertagszulagen, ebenso die Schaffung einer Monturordnung. Für einen sozialen Dienstgeber sollte es auch eine Selbstverständlichkeit sein, daß Krankheitstage während einesurlaubes nicht als Urlaub betrachtet werden. Des weiteren beschäftigt sich Dr. Altmann mit der Forderung nach einer Zusatzrente für die Vertragsbediensteten und verlangt auch, daß in allen Fällen, in denen die Pragmatisierung von der Altersgrenze abhängig ge-

macht wird, die nach sozialen Gesichtspunkten geprüft werden sollte.

GR. Dr. Altmann spricht sodann von jener Gruppe unter den städtischen Bediensteten, die 24stündigen Wechseldienst machen muß. Die bekannteste darunter ist die Feuerwehr der Stadt Wien. Er stellt eine, wie er sagt, außerordentlich bescheidene Forderung für diese Personengruppe, und zwar die nach Gewährung einer monatlichen ununterbrochenen Freizeit von 72 Stunden, verbunden mit einer Abgeltung der gesetzlichen Feiertage. Derzeit gibt es beispielsweise für die Feuerwehr nur alle zwei Monate eine solche 72stündige Freizeit.

Die von Stadtrat Sigmund vorgeschlagene Remuneration anstelle von Stufenvorrückungen bezeichnet der Redner als nicht genügend für außerordentliche Leistungen. Außerdem tritt der Redner für eine Entlohnung der Überstunden auch für die Beamten des Schemas II ein, ferner für eine automatische Angleichung der Nebengebühren gleichzeitig mit jeder Gehaltsregelung und für die Gewährung eines Wirtschaftstages an alle Frauen, die einen eigenen Haushalt führen. Er weist darauf hin, daß in den meisten Privatbetrieben, die eine Sechs-Tage-Woche haben, dieser Wirtschaftstag gewährt wird. Der Redner bezeichnet das Programm der notwendigen Verhandlungen mit der Gewerkschaft als äußerst groß und dringend. Als dringlichste Frage bezeichnet der Redner die Vorziehung der nächsten Etappe der Entnivellierung. GR. Dr. Altmann tritt auch für eine Modernisierung des Dienstrechtes und in diesem Zusammenhang für ein modernes Personalvertretungsrecht ein. Hierdurch könnte auch die so dringende Frage des pädagogischen Kindergartenpersonals, das sich derzeit in einem dienstrechtlichen Schwebestand befindet, geklärt werden.

Abschließend nimmt der Redner zum Problem der Gastärzte Stellung und erklärt, daß diese nicht weiterhin dem Fürsorgebereich unterstehen dürfen, sondern in den Personalbereich zu übernehmen wären. Sie müßten wenigstens wie Vertragsbedienstete behandelt werden. Das geringste Gehalt wäre höher wie das gnadenreiche Stipendium, das sie jetzt bekommen.

GR. Dr. Altmann appelliert, man solle den sozialen Geist nicht nur in Einzelfällen sondern auch bei Gesamtregelungen nach Möglichkeit durchzusetzen trachten. Er ist überzeugt, daß die Stadt Wien dann wirklich ein beispielgebender und fortschrittlicher Dienstgeber sein wird.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) erklärt, die Beschäftigten der Gemeinde Wien stehen nicht nur in einem Verhältnis zu ihrem Dienstgeber, sie stehen letzten Endes im Dienste der gesamten Bevölkerung Wiens. Es ist klar, daß der Dienstgeber diesen Menschen gegenüber eine ganz besondere Verpflichtung trägt. Aber auch die Bevölkerung dieser Stadt hat ein Recht zu fordern, daß die Personalpolitik streng objektiv nach den Grundsätzen der Demokratie und Gerechtigkeit ausgeübt wird. In diesem Zusammenhang bezeichnet der Redner die Ausführungen des mit Einstimmigkeit der Parteien neubestellten Magistratsdirektors Dr. Kinzl bei seiner Antrittsrede als besonders erfreulich. Dr. Kinzl stellte an die Spitze seiner Ausführungen den Wunsch nach einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen der Berufsbeamtenschaft und den gewählten Funktionären dieser Stadt. Er erklärte ferner, daß es sein Bestreben sein werde, sein Amt in völliger Unparteilichkeit zu führen und darauf zu dringen, daß dieser Grundsatz innerhalb der Gemeindeverwaltung konsequent durchgeführt werde. Seine Fraktion nehme diese Erklärungen mit Genugtuung und hoffnungsvoller Erwartung zur Kenntnis. Er beschäftigte sich dann mit der Aufzählung einiger, wie er sagte, Unzukömmlichkeiten und meinte, daß die noch immer gehandhabte Praxis des Proporz von der Bevölkerung mit wenig Verständnis aufgenommen werde. Alle, die den amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten Sigmund kennen, führte er weiter aus, wissen seine persönliche Note zu schätzen. Wenn es aber trotzdem noch immer zu gewissen unliebsamen Erscheinungen in der Praxis seiner Verwaltungsgruppe komme, dann könne er sich das nur so erklären, daß seine Amtszeit noch zu kurz ist um jahrzehntelangen Gepflogenheiten in diesem Ressort Einhalt zu gebieten. Die Handhabung des Stellenplanes bezeichnete er mit Bedauern als einseitig.

Es seien immer noch Benachteiligungen von Bediensteten zu verzeichnen, die oft unkorrigierbar werden und berechtigte Verbitterung unter den Beamten hervorrufen. Seiner Meinung nach sind Vorrückungen einer einmaligen geldlichen Gratifikation vorzuziehen. Die auf dem Gebiete der Verwaltungsreform ergriffene Initiative ist zu begrüßen und man muß diesen Bestrebungen den besten Erfolg wünschen.

GR. Dr. Freytag kritisierte dann einzelne Vorkommnisse, die sich bei der Nominierung von Abteilungsleitern und bei Kündigungsfällen zugetragen hätten. Er führte aus, daß es immer noch vorkommt, daß Beamte, die persönlich nicht genehm sind, auf Posten in solche Dienststellen versetzt werden, die sich vor der Auflassung befinden, und daß dann diese Beamten kurzerhand pensioniert werden. Weiter führte er Beschwerde, daß am 1. Dezember d.J. bei der Gehaltsauszahlung in einigen Dienststellen Geldsammlungen für Parteizwecke durchgeführt wurden. Abschließend regte er an, die Urlaubswünsche von Akademikern mehr zu berücksichtigen und setzte sich zugleich für eine Aufbesserung des Urlaubsanspruches der Gemeindebediensteten aus dem Kreis der Kriegsinvaliden des 1. Weltkrieges ein. Er empfiehlt dann eine Berücksichtigung von Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe, die in der Gehaltsstufe 16 und 17 eingereiht sind und meint, eine Lockerung der bestehenden Bestimmungen wäre in diesem Falle vertretbar. Den Ansätzen der Verwaltungsgruppe I wird die ÖVP zustimmen.

GR. Schiller (SPÖ) erklärt, daß die in der Geschäftsgruppe I eingeleiteten Reformmaßnahmen volle Unterstützung verdienen. Nach wie vor muß die wichtigste Voraussetzung, nämlich, daß den Bediensteten keine Nachteile erwachsen, bestehen bleiben. Niemand darf benachteiligt oder sogar arbeitslos werden. Er wandte sich sodann gegen gewisse Vorwürfe, die sich mit der Tätigkeit der Vertrauensleute beschäftigen. Er bezeichnete es als ungerecht, wenn man freigewählten Vertrauensleuten der Gewerkschaftsmitglieder, die sich nach demokratischem Recht für die Interessen der Bediensteten einsetzen, Vorwürfe macht.

Er erinnerte im Zusammenhang an die Antrittsansprache des neuen Magistratsdirektors Dr. Kinzl, in der dieser angeregt hatte, alle Fragen, bei denen es sich um den Menschen handelt, gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften zu behandeln. GR. Schiller begrüßte eine solche Stellungnahme, die er als den Weg bezeichnete, auf dem alle Personalfragen gelöst werden können.

Wir haben im abgelaufenen Jahr eine Reihe von Verbesserungen in der Dienstordnung durchführen können. Daneben gibt es natürlich eine Reihe von Forderungen und Wünschen. Eine Frage zum Beispiel wurde bisher nicht erwähnt: die Frage der Mutterschutzbestimmungen und ihre Anwendung auf pragmatisierte Bedienstete. Nach unserem geltenden Recht sind diese Bestimmungen, die auf reichsdeutschen Vorschriften beruhen, in Kraft. Von ihrer Wirkung aber sind die pragmatischen Bediensteten ausgenommen, obwohl die Bestimmungen de facto auch für die Pragmatisierten angewendet werden. Der Redner ersuchte den Referenten, hier eine Klärung herbeizuführen.

GR. Schiller beschäftigt sich dann mit den Ausführungen seiner Vorredner. GR. Doppler hat über die sinkende Personal tangente gesprochen. Diese Tatsache ist uns bekannt, antwortet ihm der Redner, aber ich glaube, daß wir alle nicht nur an der Frage interessiert sein können, wie hoch die Personal tangente im gesamten Budget ist, sondern daß auch alle Bediensteten an der Gesamtentwicklung unserer Wirtschaft interessiert sein müssen. Diese aber drückt sich in diesem Budget sehr zum Vorteil der Stadt und ihres Personals aus. Die städtischen Angestellten wissen genau, daß sie nur dann etwas von ihren Gehältern haben, wenn die gesamte Wirtschaft floriert.

GR. Doppler stellt auch die Frage der Arbeitszeit zur Diskussion und vergleicht sie mit anderen Städten. Dazu führte der Redner grundsätzlich aus, daß auch er für eine verkürzte Arbeitszeit ist. Man müsse aber bedenken, daß es wohl in anderen Städten andere Arbeitszeitverhältnisse gäbe, aber auch andere Dienstrechtverhältnisse. Es gibt dort eine Reihe von Forderungen, die in Wien längst zu den wohl erworbenen Rechten gehören. Das Vorarlberger Dienstrecht bezeichnet GR. Schiller

als das reaktionärste in Österreich. Zu den Ausführungen von Dr. Altmann bemerkt der Redner, dieser habe zum Großteil Fragen aus dem **Forderungsprogramm** der Gewerkschaft angeführt. Man hoffe, im nächsten Jahr einen Teil dieser Fragen regeln zu können.

Die ÖVP-Redner haben gestern und heute davon gesprochen, daß man in der Personalpolitik im Wiener Rathaus Gesinnungszwang übe. Der Redner zitiert demgegenüber ÖVP-Zeitschriften, aus denen hervorgeht, daß ein solcher Gesinnungszwang zum Beispiel in Niederösterreich tatsächlich ausgeübt werde. Wo also die ÖVP in schwächerer Position ist, dort will sie den Proporz in der Personalpolitik, ist sie aber stärker, will sie keinen Proporz! Von allen Bezirkshauptleuten in Niederösterreich zum Beispiel gehört kein einziger der SPÖ an! Die ÖVP habe also nicht das moralische Recht, anderswo das als ein Verbrechen darzustellen, was sie dort durchsetzt, wo sie stärker ist. Er sei hingegen der Überzeugung, unterstrich GR. Schiller nachdrücklich, daß in Wien in sehr loyaler und korrekter Art die Interessen nicht einseitig vertreten werden.

Abschließend sagte GR. Schiller: "Was in diesem Kapitel verhandelt wird, ist wohl das Schwierigste im ganzen Wiener Budget, weil es sich nicht um tote Akten, sondern um lebendige Menschen handelt. Er appellierte daher an alle Funktionäre, sich ihrer Aufgabe bewußt zu sein. Menschenschicksale zu gestalten ist schwer; allen Recht zu tun **ist** unmöglich! Aber es kommt darauf an, wie man auch ein "Nein" ausspricht. Wenn man also der Verwaltung helfen und die Angestellten befrieden wolle, sei man dann auf dem besten Weg, wenn man versucht, in gemeinsamer Aussprache die Probleme zu klären. Im übrigen gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des I. Hauptstückes (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Sigmund dankte in seinem Schlußwort allen Rednern für die Sachlichkeit, mit der sie versucht haben, die Probleme zu behandeln, wobei er auch die Sachlichkeit dort einschließe, wo verschiedene Redner andere Ansichten hatten als er.

Ich billige auch, so betonte der Stadtrat, den Vertretern anderer Parteien zu, daß sie die Dinge anders sehen als ich.

Soweit es sich um Einzelfälle handelt, werde er versuchen, in der nächsten Zeit diese Fälle einer menschlichen Behandlung zuzuführen. Soweit es sich um Grundsätzliches handelt, werde er sich mit der Gewerkschaft auseinandersetzen. Er sei jedoch, so meinte der Referent, über das Verhalten des Vertreters der ÖVP erstaunt, der mit ihm in vielen persönlichen Aussprachen versucht hat, Probleme zu bereinigen. Die mitverwaltende Partei hat natürlich das Verlangen, gewisse parteipolitische Wünsche auch dem Personalreferenten vorzutragen. Das ist geschehen. Die ÖVP hat nicht nur einen Mandatar, der immer, wann er es wünscht, mit dem Stadtrat sprechen könne; sie hat auch innerhalb der Gewerkschaft einen Vertreter, der stets vom Stadtrat empfangen werde. Wenn es daher heute so dargestellt wird, als ob der Personalreferent der einseitige **Exponent** seiner Partei wäre, sagte Stadtrat Sigmund, so habe er demgegenüber in unzähligen Fällen bewiesen, daß er menschlich zu lösende Probleme nie mit der Parteibrille gesehen habe.

Jeder der gewählten Funktionäre hat das Recht, für seine Partei zu werben. Wenn aber der Vertreter der ÖVP so tut, als ob dies nur eine Besonderheit der Mehrheit dieses Hauses sei, dann ist dies nicht ganz aufrichtig. Stadtrat Sigmund verliest zur Erhärtung seiner Behauptung verschiedene Briefe. In einem verlangt ein ÖVP-Stadtrat, daß ihm Personalveränderungen schon mitgeteilt werden, wenn sie sich noch als Wunsch in der Verwaltung befinden. Dann wieder heißt es in einem Schreiben, daß ein bestimmter Funktionär von der ÖVP beauftragt worden sei, Erhebungen über zwei Personen anzustellen, ob sie der ÖVP oder welcher Partei sie angehören. Dann wieder schreibt ein ÖVP-Stadtrat einer Frau, daß es auf Grund seiner Intervention gelungen sei, ihre Anstellung als Kurzschaffnerin durchzusetzen. Kurze Zeit später legt man der Frau nahe, der ÖVP beizutreten. In einem anderen Brief der ÖVP an Stadtrat Sigmund wird mit dem Hinweis, daß der Bewerber der Volkspartei angehört, um dessen Anstellung als Chauffeur gebeten.

"Jede Partei hat das Recht, auf soziale Notstandsfälle zu verweisen. Die ÖVP ist selbstverständlich hier nicht die einzige. Auch andere Parteien sind in solchen Fällen zu mir gekom-

men und ich habe zu helfen versucht. Aber daß sie so tut, als ob die anderen deshalb schlecht wären, und sie darin eine Politisierung des Referates erblicken", beendete Stadtrat Sigmund zur ÖVP gewendet die Kapitel, "halte ich absolut für unrecht!"

Dr. Freytag hat auch den Vorschlag gemacht, beim Personal den Proporz anzuwenden. Das halte ich für unmöglich. Was wäre das für eine Verwaltung, die die Besetzung eines Postens nicht nach sachlichen Gesichtspunkten vornimmt. Ich gebe zu, sagte der Referent, daß bei Besetzung von Leiterposten nicht ganz nach dem Grundsatz der Nachfolgerschaft vorgegangen wird; aber wenn jemand in 20 Jahren nicht imstande war, den Eindruck zu erwecken, daß er der Richtige für die Nachfolge ist, kann dies auch nicht für die Zukunft erwartet werden. Ich werde den Grundsatz durchsetzen, daß der Tüchtigste auf den Platz zu berufen ist, auf dem die stärkste Verantwortung getragen werden muß.

Stufenvorrückung oder Remunerationen: Für einmalige außerordentliche Leistungen werden einmalige Anerkennungen in Form von Remunerationen gegeben. Für dauernde Leistungen wird die dauernde Anerkennung durch die außerordentliche Stufenvorrückung ausgesprochen. Wesentlich ist es, daß in allen Angestellten das Gefühl entstehen muß, daß ihre Leistung belohnt wird.

Zu der Forderung des GR.Dr. Altmann nach einer vorzeitigen Erfüllung der zweiten Etappe der Entnivellierung ist es zu sagen, daß diesbezügliche Bemühungen bereits im Gange sind. Es handelt sich hier jedoch um ein großes Problem, das nicht im Kreis der Stadt Wien allein behandelt werden könne, sondern gemeinsam mit dem Bund. Ein Teil der übrigen Forderungen des GR. Dr. Altmann wurde bereits früher von der Gewerkschaft erhoben und mit ihr besprochen. In manchen Fragen sind Annäherungen vorhanden, in anderen Dingen sind die Voraussetzungen noch nicht gegeben.

Zum Problem der Gastärzte ist zu sagen, daß vor einigen Tagen Verhandlungen mit den Vertretern der Gastärzte stattgefunden haben, weil die Situation auf diesem Gebiet wirklich nicht leicht ist. Es ist dies jedoch nicht nur ein Problem, das die Gemeinde Wien allein angeht. Es ist hier die große Zahl der jungen Leute, die während des Krieges und unmittelbar nach dem Krieg, obwohl der Bedarf nicht gegeben war, das Medizinstudium

vollendet haben und nun darauf waren, daß sie in den öffentlichen Krankenhäusern ihre Volontärzeit und später ihre Turnusausbildung durchmachen können. Es wird jedoch den Gemeinderäten bekannt sein, daß in Österreich ungefähr 30 Betten auf einen Arzt kommen, in den Wiener Krankenhäusern aber nur 16 bis 17 Betten. Die bestehende Regelung ist nun so, daß die Volontäre ein Stipendium von monatlich 750 Schilling erhalten, von dem die eine Hälfte die Stadt Wien, die andere der Bund bezahlt. Es sind nun vier Fälle bekannt, daß Gastärzte die Stadt Wien geklagt haben, ihnen die Differenz zwischen Stipendium und einem vertragsmäßigen Lohn zu bezahlen. Durch die Erfüllung dieser Forderungen würde das Verhältnis von einem Arzt auf 16 bis 17 Betten noch stärker sinken. Schon auf ungefähr 10 Betten würde dann ein Arzt kommen. Dies bedeute eine Belastung, die die Stadt Wien allein nicht tragen kann. Verhandlungen mit der Ärztekammer und Vertretern der Ärzte wurden gepflogen. Gegenwärtig gibt es 360 solcher junger Leute in unseren Spitälern. Der Normschlüssel sind 402. Es handelt sich also darum, wie man 42 dieser jungen Menschen vorläufig über die Zeit hinweg bringt, bis ein gültiges Urteil in dieser Sache gesprochen wurde. Es dürfte bereits ein gangbarer Weg gefunden sein, er müsse jedoch erst überprüft werden. Die Stadtverwaltung will menschlich sein und über den Streit der formalen Sache den Menschen nicht vergessen.

Stadtrat Sigmund ersuchte, die aufgeworfenen Einzelfragen mit den Vertretern der Gemeindegewerkschaft oder im Ausschuß zu besprechen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze für Personalangelegenheiten mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag des GR. Dr. Altmann wurde gegen die Stimmen des Linksblocks abgelehnt.

Kultur und Volksbildung

Stadtrat Mandl erwähnt einleitend, daß bereits gestern die einzelnen Redner viel und eingehend zum Kulturproblem Stellung genommen haben, jedoch mit Ausnahme des GR. Planek nie in die wahren Probleme der Kulturarbeit eingegangen sind. Er möchte daher eine Statistik der "Forschungsstelle zur Aufstellung wirtschaftlicher Bilanzen" an die Spitze seiner Ausführungen stellen, die sich mit einer Detaillierung des österreichischen Volkseinkommens beschäftigt. In ihr wird dieses österreichische Volkseinkommen für 1951 mit rund 50 Milliarden Schilling beziffert. Weiter wird festgestellt, daß ein Anteil von 22 Prozent für Investitionen, ein solcher von 14 Prozent dem öffentlichen Konsum und ein Anteil von 64 Prozent dem privaten Konsum zufließen. Ferner ist zu ersehen, daß 41 Prozent für die Ernährung, 17.3 für die Bekleidung und 12.8 Prozent, die unter der Sammelbezeichnung "Genußmittel" aufscheinen, ausgegeben werden. In weitem Abstand folgen die Ausgaben für Wohnung, mit 3 Prozent, für Beheizung und Beleuchtung mit 4.3 Prozent, Verkehr 3.4 Prozent und schließlich scheinen die Ausgaben für Unterricht, Bildung, Unterhaltung als niederster Prozentsatz mit 3.5 Prozent auf. Es scheint auch in dem Bericht auf, daß im Jahre 1951 nahezu 5 Milliarden für Genußmittel ausgegeben, also vertrunken und verrauchte wurden, das sind rund 10 Prozent des gesamten Volkseinkommens. In diesen Ziffern spiegelt sich die ganze Problematik der Kulturarbeit der heutigen Tage. Zur gleichen Zeit berichtet die Österreichische Tabak-Regie, daß der Konsum an Zigaretten von 6.5 Milliarden Stück im Jahre 1951 auf 7 Milliarden im Jahre 1952 angestiegen ist. Man muß nun bedenken, wie unser geistiges Leben befruchtet werden könnte, wie das künstlerische Schaffen wirksam und wie dem Bildungswesen geholfen werden könnte, gelänge es nur, eine dieser fünf Milliarden im kulturellen Bereich wirksam werden zu lassen. Diese Ziffern müssen allen Mahnung sein. Sie zeigen dem Kulturpolitiker in aller Deutlichkeit die Aufgabe, die er als Anwalt der kulturellen Arbeit zu erfüllen hat, nämlich in der Bevölkerung die kulturelle Bereitschaft zu schaffen, in der allein geistiges und künstlerisches Leben gedeihen und sich geistige Regsamkeit entwickeln kann.

Wir haben, fuhr Stadtrat Mandl fort, in unserer Arbeit diese Aufgabe immer gesehen. Was wir dazu tun konnten, ist geschehen und ich bitte Sie, all das, was ich zur Erläuterung des Budgets noch sagen werde, als Illustration dieser Bestrebungen aufzufassen, Atmosphäre und Bereitschaft zu schaffen. Die Bestrebungen erstrecken sich auf alle Sektoren unseres kulturellen Lebens genau so wie auf alle Altersstufen und wir suchen die Menschen dort, wo sie uns am meisten nötig haben, mit Methoden, die sich den Gelegenheiten anpassen.

Es ist immer das gleiche Ziel, dem wir dienen: unserer Bevölkerung in ihrem Streben nach einem besseren Sein zu helfen, sie nie vergessen zu lassen, daß der Mensch doch nicht nur vom Brot allein lebt und daß auch ein hochzivilisiertes Volk trotz allen technischen Fortschrittes noch lange kein Kulturvolk sein muß.

Stadtrat Mandl kommt sodann auf die Schülerkonzerte zu sprechen, die zur Musikerziehung der Kinder durchgeführt worden. Allein für die ersten Klassen wurden 26 Veranstaltungen für insgesamt 23.000 Kinder abgehalten, 15 Konzerte für die zweiten Klassen mit einer Besucherzahl von 26.000 Kindern und 14 Konzerte für die vierten Klassen mit 24.000 Besuchern. Es haben also 73.000 Kinder zum erstenmal das unmittelbare Konzerterlebnis empfunden. Als Abschluß dieser Veranstaltungen wurde ein Abonnement-Zyklus mit sechs Konzertveranstaltungen geschaffen. Die Schüler zahlen für diese 6 Konzerte insgesamt 20 Schilling, das Defizit trägt das Kulturamt. Stadtrat Mandl ist überzeugt, daß die Kinder, die heute Abonnenten der Schülerkonzerte sind, morgen auch Abonnenten der großen Abonnementkonzerte der Konzertsäle sein werden. Als erfolgreich können auch die 58 Konzerte in den Parkanlagen bezeichnet werden, an denen 75.000 Besucher teilnahmen, und die ein voller Erfolg waren. An den 9 Konzerten im Belvederegarten nahmen 12.000 Besucher teil, trotzdem man versucht hat, dort nur ernste Musik zu bringen. Die Arkadenhofkonzerte konnten durch Tanzveranstaltungen erweitert werden. An allen diesen Veranstaltungen haben insgesamt 106.000 Besucher teilgenommen.

Auch die Musiklehranstalten haben im abgelaufenen Jahr ihre Tätigkeit erweitert und ausgebaut. Das Konservatorium

zählt 534 Schüler und hat neben der Erfüllung seiner Aufgabe als höhere Musikschule auch noch Chorleiterkurse für Gesangsvereine abgehalten. In der Kindertanzgruppe sind gegenüber 300 Kindern heuer schon 600 Kinder gemeldet. Auch die Werbung für die Hausmusik blieb fast ausschließlich dem Konservatorium und den Musikschulen vorbehalten. Die 11 Musikschulen erfassen 1.565 Kinder. Es wird von den Bezirken immer wieder die Errichtung weiterer Musikschulen verlangt. Auch die Kindersingschulen haben mit **6.300 Kindern** ihren Höchststand erreicht.

Auch auf dem Gebiete der bildenden Kunst wurde viel geleistet, die Stadt Wien war hier der größte Auftraggeber. Allein für die Ausschmückung der städtischen Wohnhausanlagen wurden im Jahre 1953 3,072.000 Schilling ausgegeben; seit 1950 ist die Gesamtsumme 6,4 Millionen Schilling. Dieser Betrag wird jedoch in der Verwaltungsgruppe VI (Bauwesen) verrechnet. Zu den Ausführungen des GR. Schwaiger, der ein Mosaik an einer städtischen Wohnhausanlage einer Kritik unterzog, stellte Stadtrat Mandl u.a. fest, daß eben die Geschmäcker verschieden sind. Es gibt gerade auf diesem Gebiet sehr individuelle Auffassungen. Im Kapitel "Ausstellungen" verwies Stadtrat Mandl auf den außerordentlichen Erfolg der Ausstellung "Das gute Bild für jeden". Bis zum heutigen Tag wurde sie von 16.561 Besuchern besichtigt, die 203 Bilder um 52.657 Schilling kauften. Diese außerordentlich große Besucherzahl bedeutet einen Erfolg der Bemühungen, neue Interessenten für die Arbeit des bildenden Künstlers zu schaffen. Außer der im Rahmen der Festwochen im Wiener Künstlerhaus veranstalteten Ausstellung "Donau" gab es auch heuer zahlreiche Ausstellungen in den städtischen Büchereien. Die in Wien seit Jahren durchgeführte Plakatwertungsaktion hat in der letzten Zeit auch in einigen österreichischen und deutschen Städten Nachahmung gefunden.

Die sechs Fachklassen der Modeschule der Stadt Wien wurden am Ende des Schuljahres von 250 Schülerinnen besucht. Die Unterrichtserfolge dieser Anstalt sind sehr zufriedenstellend. Von den 26 Mädchen, die zu den Gehilfenprüfungen bei der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft gekommen sind, haben 25 die Prüfung bestanden.

Der Modeschule wurde das Öffentlichkeitsrecht rückwirkend ab Schuljahr 1950/51 verliehen. Bei den 11 Modeschauen des vergangenen Schuljahres wurden 5.293 Gäste im Schloß Hetzendorf gezählt. Stadtrat Mandl gab abschließend der Hoffnung Ausdruck, daß die Modeschule auch gewerberechtlich die Gleichstellung mit Schulen ähnlichen Charakters erlangen werde.

Im Berichtsjahr hat sich die Hörerzahl in der Wiener Volksbildung erfreulich erhöht. Mit 503.310 Hörem im Wintersemester wurde zum ersten Mal eine absolute Zahl erreicht, die höher ist als die in den besten Zeiten zwischen den beiden Weltkriegen. Gestiegen ist auch die Zahl der Kursteilnehmer, und zwar gegenüber dem Vorjahr um 17.5 Prozent im Wintersemester und um 12 Prozent im Sommersemester. Die Wiener Volksbildung erhielt 1953 1,274.000 Schilling, davon der Verband Wiener Volksbildung 966.000 Schilling.

Zu den 47 Zweigstellen der Städtischen Büchereien wird in den nächsten Tagen eine weitere in Simmering dazukommen. Die Zahl der Monatsdurchschnittleser betrug heuer 25.969. Das ist gegenüber der Leserzahl aus dem Jahre 1949 um 74 Prozent mehr. Diese Steigerung ist vor allem auch darauf zurückzuführen, daß es weitgehend gelungen ist, die veralteten Buchbestände zu erneuern. Auch im nächsten Jahr werden für Buchankäufe 800.000 Schilling aufgewendet. In den kommenden Monaten werden auch die letzten Provisorien und veralteten Einrichtungen durch solche modernster Art ersetzt, so daß unsere Büchereien auch äußerlich jene würdige Ausstattung bekommen, die solchen Volksbildungseinrichtungen gebühren. Als besonders begrüßenswert hob Stadtrat Mandl jene Bemühungen hervor, welche den persönlichen Kontakt zwischen den Lesern und den Dichtern fördern. Es gab 171 Dichterlesungen mit 37 Autoren, die von 8.063 Lesern besucht wurden. Er erwähnte auch die Bemühungen der Stadtverwaltung bei der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur. Dem "Buchklub der Jugend" wurden 200.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Für die nächsten Wochen wird eine große Kampagne vorbereitet, von der man sich gleichfalls viel Erfolg verspricht. Eine erfreuliche Tatsache ist auch, daß so viele Kinder in den Städtischen Büchereien als Leser eingeschrieben sind. Die Kinder betragen 1953 nicht weniger als 32.6 Prozent der gesamten Leserschaft.

Aus dem Kultur Groschen wurden heuer insgesamt 6,907.100 Schilling verteilt, Davon erhielt die bildende Kunst 6.6 Prozent, die Literatur 6.2 Prozent, das Theater 42 Prozent, die Musik 25 Prozent, die Volksbildung 12.3 Prozent, die Wissenschaft 5 Prozent und der Kulturfilm 3 Prozent. Den Rest - etwa 1 Prozent - erhielten verschiedene Institutionen. Im kommenden Jahr werden Mittel zur Herstellung von Schmalfilmkopien, des nun auch im Ausland mit Erfolg laufenden Filmes "Symphonie Wien" hergestellt. Auch die neue Aktion der Arbeiterkammer, "Theater am Stadtrand", die wir außerordentlich begrüßen, wird unterstützt. An 15 Stellen wird monatlich einmal gespielt. Auf dem Repertoire der kommenden 4 Monate sind Werke namhafter Dramatiker. Abschließend zum Kapitel "Kultur Groschen" erklärte Stadtrat Mandl, diese Einrichtung habe sich als eine wertvolle Hilfe für alle Kulturorganisationen erwiesen. An diese Feststellung knüpfte er den Dank an alle Mitglieder des Gemeinderatsausschusses III, die als Beirat der Landesregierung fungieren. Bei der Verteilung des Kultur Groschens haben sie sich stets mit Verständnis und Verantwortlichkeit dieser oft sehr undankbaren Aufgabe unterzogen.

Die Wiener Festwochen bezeichnete er als eine Rechenschaft Wiens der Welt gegenüber. Der wichtigste Festwochenausschuß, nämlich der Programmausschuß, der erst kürzlich gebildet wurde, informierte bereits die Öffentlichkeit über die Festwochen 1954. Über die Gestaltung der Wiener Festwochen wird viel diskutiert, sagte der Redner, meist aber von denen, die zu ihren seltensten Besuchern zählen. Man sucht immer wieder ein Motto und möchte sie in eine Parole zwingen. Dazu wäre zu sagen: Es soll bei dieser Veranstaltung gezeigt werden, was Wien ist, die Überfülle eigenen Könnens, die Vielheit künstlerischer Gestaltung, die eben nur diese Stadt hat. Im Jahre 1953 wurden im Rahmen der Wiener Festwochen 44 Konzerte, 71 Theatervorstellungen, 19 Ausstellungen und 10 Bezirksausstellungen, deren Niveau besonders hervorzuheben ist, veranstaltet.

Bei allen diesen Veranstaltungen wurden 367.000 Besucher gezählt. Als besonderes Merkmal der Wiener Festwochen hob der Stadtrat hervor, daß es keine Festspielpreise gibt.

Die Landeslichtbildstelle hat im Laufe des Berichtsjahres ihren verdienten Direktor Sykora verloren, einen der besten Fachleute auf diesem Gebiete. Er war der Erfinder der Kleindia-Erzeugung und der technische Referent der Landesbildstelle. In diesem Jahr wurden 90.000 Kleindias hergestellt, also eine ganz hervorragende Leistung. In Wien allein wurden im Berichtsjahr 43.500 Schmalfilmrollen und 24.450 Lichtbildvorträge vermittelt. Stadtrat Mandl gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit dem Lande Niederösterreich ein Abschluß bevorsteht, durch den der Bestand der Landesbildstelle gesichert sein wird.

Bei der Denkmalpflege wurde mit der Reinigung der Wiener Denkmäler begonnen. Ein begrüßenwerter Anfang bedeutet auch die Anleuchtung von hervorragenden Denkmälern und Bauwerken. Für diese Zwecke stehen auch im kommenden Jahr 80.000 Schilling zur Verfügung. Für die Schaffung des Kunschak-Grabmals sind 100.000 Schilling vorgesehen.

Die vor zwei Jahren begonnene Neuordnung der Depoträume der Stadtbibliothek ist nicht nur baulich abgeschlossen worden. Es konnte auch die Einreihung der in der Volkshalle lagernden Bestände (über 200.000 Bände) in die neuen Depots beendet werden. Dadurch ist es möglich, jedes gewünschte Buch dem Leser innerhalb einer Viertelstunde in die Hand zu geben. Der Stadtrat sprach bei dieser Gelegenheit allen Bediensteten, die beim Büchertransport beschäftigt waren, für ihre besonderen Leistungen den Dank aus. Auch in der Stadtbibliothek hat sich die Leserschaft in den letzten Jahren vermehrt. Sie erreichte im Jahre 1953 23.200. Das neu angelegte Tonbandarchiv ist auf 46 Tonbandaufnahmen namhafter Wiener Dichter und Persönlichkeiten angewachsen. Im Jahre 1956 wird die Stadtbibliothek ihren 100jährigen Bestand feiern. Schon jetzt werden Vorbereitungen getroffen, dieses Gedenkjahr würdig zu begehen.

Das wichtigste Ereignis für das Historische Museum der Stadt Wien war der Beschluß des Wiener Gemeinderates, aus Anlaß des 80. Geburtstages unseres Bundespräsidenten Dr. h. c. Körner ein eigenes Museumsgebäude zu errichten. Wenn auch die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes für diesen Bau erwartungsgemäß nicht ein baufertiges Projekt bringen konnte, so hat dieser Wettbewerb doch weitgehende Klarheit gebracht, wie der Bau auszusehen hat und welche Erfordernisse für diese bedeutsame und interessante Aufgabe bestehen. Im Budget sind 5 Millionen als erste Beurate vorgesehen. Wir hoffen, daß dieses Stadtmuseum vorbildlich nicht nur für unseren engeren Umkreis, sondern auch für andere Länder sein wird. Heuer wurden auch andere Teile der städtischen Sammlungen völlig reorganisiert. Alle vier Erinnerungsstätten an die großen Musiker Haydn, Mozart, Beethoven und Schubert, wurden in erfreulich moderner und lebendiger Form den Besuchern zugänglich gemacht.

Das Sorgenkind ist nach wie vor das Archiv, dessen Raumsorgen nicht behoben werden konnten. Eine Lösung ist dringend notwendig, wenn nicht der ausgezeichnete wissenschaftliche Ruf verlorengelien soll. Das Archiv hat Ende 1953 einen Gesamtstand von ungefähr 81.000 Urkunden, Akten, Plänen usw. aufzubewahren.

Bezüglich des Sports hatte die Gemeinde auch im abgelaufenen Jahr die gleiche Haltung wie bisher eingenommen, den Sportvereinen und Verbänden bei der Grundbeschaffung für Sportplätze behilflich zu sein und aus städtischen Mitteln den Bau von Jugendspielplätzen zu forcieren. 1953 wurden fünf Neuverpachtungen von zusammen 89.828 Quadratmetern, meist an kleine Fußballvereine, vorgenommen. Das für Sportplätze gewidmete Gesamtareal beträgt derzeit 2,5 Millionen Quadratmeter. Dafür müssen pro Jahr und Quadratmeter zwei Groschen Pacht gezahlt werden. Ein Betrag, der wohl nur als Anerkennungszins bezeichnet werden kann. Außerdem sind die Vereine von der Grundsteuer befreit. Derzeit gibt es in Wien 132 Sportplätze, davon 75 auf Gemeindegrund. Beim Ausbau der Jugendspielplätze ergeben sich Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Grundflächen, besonders in den dichtverbauten Stadtteilen. Wir haben derzeit in Wien

50 Jugendspielplätze, davon 36 gemeindeeigene. Für 1954 sind sieben neue Jugendspielplätze geplant, außerdem 14 in öffentlichen Parkanlagen.

Auch für die Turnsäle sorgt die Gemeinde Wien. Von 400 Turnsälen waren im Jahre 1945 nur 75 benützbar, 1953 gab es wieder 385, von denen 317 Turnsäle komplett eingerichtet waren. Es bleiben also noch 68 Turnsäle zu richten, von denen im kommenden Jahr 25 instandgesetzt werden.

Die Subvention für das Kinderturnen und -schwimmen beträgt 110.000 Schilling.

30 Millionen sind im Budget 1954 für den Bau der Wiener Stadthalle vorgesehen. Der Referent erwähnt in diesem Zusammenhang die Schwierigkeiten, allen Wünschen beim Bau der Halle gerecht zu werden.

Durch den Sportfonds werden 1,7 Millionen ausgezahlt; von dieser Summe dienen 75 Prozent für den Bau von Übungsstätten und 25 Prozent zur Sportförderung. Der Sportgroschen wird ohne jeden Abzug verwaltet; es wäre wünschenswert, wenn auch die Gelder des Sporttotos in ähnlicher Weise Verwendung fänden. Es würden dann mehr Sportplätze gebaut und weniger Spieler gekauft und verkauft werden.

Neu im Budget der Geschäftsgruppe III ist das Landesjugendreferat Wien. Es wird dort in Zusammenarbeit mit den bestehenden Jugendorganisationen wertvolle Arbeit geleistet.

Abschließend sagte Stadtrat Mandl: Ich habe versucht, in knapper Form eine Art Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Amtes zu geben, die, so vielfältig sie auch ist, letzten Endes immer volkbildend, dem Volk dienend sein wird. Ich weiß, daß noch manche schwere und unbedankte Arbeit vor uns liegt, und daß manche Wünsche noch nicht erfüllt werden konnten. Ich glaube aber sagen zu dürfen, daß wir in den letzten vier Jahren ein beachtliches Stück vorwärtskamen. Ich hoffe und wünsche, diese Aufwärtsentwicklung möge auch im kommenden Jahr anhalten zum Nutzen unserer Kulturschaffenden und zum Wohle unserer Wiener Bevölkerung (Beifall bei der SPÖ).

GR. Martha Burian (WdU) erinnert daran, sie habe schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß ein solches Kulturbudget beinahe nicht mehr eine eigene Verwaltungsgruppe rechtfertigt. Heuer hat das Kulturbudget zwar eine Summe von 62 Millionen Schilling erreicht, bei Abzug der diversen Bausummen bleiben jedoch nicht mehr als 26 Millionen für kulturelle Zwecke übrig.

Die Rednerin beschäftigt sich dann mit Einzelheiten des Voranschlags für die Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung. So regt sie an, die Ehrenpensionen sollten ziffern- und zahlenmäßig erhöht werden. Sie macht den Vorschlag, die Ehrenmedaille in eine silberne und bronzene abzustufen. Bei den Subventionen bezeichnete sie u.a. die für das Künstlerhaus als unzulänglich. Die Rednerin kritisiert ferner den Rückgang der Ansätze für Wissenschafts- und Volksbildungspflege und der Kunstförderung. Die Fremdenverkehrsförderung ist seit 1950 mit 100.000 Schilling eingesetzt. Seit die Demarkationslinien gefallen sind und die Fremden ungehindert nach Wien kommen können, sollte man diesen Betrag wohl erhöhen.

In einem Resolutionsantrag setzt sich die Rednerin dafür ein, die Wiener Symphoniker in ein städtische Orchester umzuwandeln. Sie stellt ferner den Antrag, die Volksooper als städtisches Opernhaus zu übernehmen, wenn der Bau der Staatsoper auf dem Ring fertig sein wird.

Bei den städtischen Büchereien kritisiert sie, daß die Bücherauswahl politisch einseitig vorgenommen wird. Wohl sei Thomas Mann zu finden, es fehlen jedoch Werke von Srbik, Weinheber u.a.

Zum Kapitel Film stellte die Rednerin den Resolutionsantrag, die Kontrolle der Jugendlichen in den Kinos zu verschärfen.

Zur Denkmalpflege stellt sie die Frage, wo das Gluck-Denkmal hingekommen ist. Sie stellt ferner einen Antrag, ein Denkmal für Wilhelm Busch zu errichten.

Zur Sportförderung bemerkt sie, daß für Sportveranstaltungen die höchste Lustbarkeitssteuer zu entrichten sei.

Zum Kapitel Straßenbenennung stellt GR. Burian den Antrag, bedeutende Verkehrsflächen in Wien nach Richard Strauß, Hans Pfitzner und Josef Weinheber zu benennen.

Abschließend stellt sie fest, daß sie als verantwortungsbewußtes Mitglied dieses Hauses, das so niedrig dotierte Kulturbudget ablehnen müsse.

GR. Dr. Matejka (LBI) erklärt, wenn man auch einige Posten des Kulturbudgets als erfreulich bezeichnen könne, sei es andererseits bedauerlich, daß viele wesentliche Fragen unerwähnt geblieben sind. Den Kampf gegen Schmutz und Schund bezeichnet der Redner als viel zu gering, hier müßte Umfassendes geleistet werden. Auch die Sportpolitik der Gemeindeverwaltung könne er nicht gutheißen. Die Gemeinde müsse die Forderungen der Sportler nach einer fünfzigprozentigen Fahrpreisermäßigung auf Bundesbahn und Autobus unterstützen, ferner solle sie, wie es teilweise in den Bundesländern schon üblich ist, auf die Vergnügungssteuer aus Sportveranstaltungen verzichten. Für die Wiener Handballer müßte endlich eine Halle gebaut werden. Auch der Schwimmverband klagt über den Mangel an Hallen und Sommerbädern sowie über die hohen Bädermieten. In diesem Zusammenhang tritt der Redner auch für die Instandsetzung des Hallenbades in der Boerhaavegasse ein. Zum Kapitel Sporthalle, erklärt der Redner, müsse er Bedenken äußern, da diese Halle nach ihrer Fertigstellung als Mehrzweckhalle verwendet werden soll. Es müßten von vornherein die Interessen der sportlichen Bevölkerung grundsätzlich festgelegt werden. Sodann tritt GR. Dr. Matejka für die Schaffung eines modernen Spiel- und Sportplatzanforderungsgesetzes ein, das verhindern soll, daß, so wie es augenblicklich geschieht, Sportplätze verbaut werden. Der Redner stellt einen Beschlußantrag, der im wesentlichen die Aufhebung der Vergnügungssteuer bei Sportveranstaltungen, die Beistellung von mehr Fürsorgefahrtscheinen für Sportverbände, Vorkehrungen dafür, daß die Stadthalle den Sportlern zur Verfügung stehen soll, Instandsetzung des Bades in der Boerhaavegasse, die Bereitstellung von Subventionen für den Sport und ein entschiedenes Eintreten für eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung auf Bahn und Autobus verlangt.

Zum Thema Museum der Stadt Wien gibt Dr. Matejka zu bedenken, daß die Platzwahl keine glückliche ist. Es sei dies eine Frage, die fast alle Wiener bewegt, und die einer richtigen Lösung zugeführt werden muß. Man könnte auch vor einem öffentlichen Forum über die Platzfrage diskutieren.

GR. Dr. Matejka bemängelt die Verteilung des Kulturgroschens die nach seiner Meinung nach politischen Prinzipien vorgenommen wird. So wurden zum Beispiel dem Theater in der Josefstadt und mit ihm den Kammerspielen erhebliche Subventionen gewährt, während man einem anderen Theater, das ein weitaus wertvolleres Programm bot, nicht subventionierte.

Den Eintrittspreis von 5 Schilling für die Ausstellung österreichischer Kunstschatze, bekannt als Österreichische Amerika-Ausstellung, bezeichnet der Redner als viel zu hoch. Die Gemeinde Wien hätte deshalb beim Bund intervenieren müssen.

Zur Ausschmückung der städtischen Wohnhausanlagen, erklärte der Redner, die Höhe der bisher für diese Zwecke bereitgestellten Mittel hätte die Wiener Künstlerschaft enttäuscht. Er gab weiter der Meinung Ausdruck, man könnte die Schätze der Vergangenheit besser auswerten und regte einen engeren Kontakt der Stadtverwaltung mit einem bekannten Wiener Kunstverlag an. Auch sollte man mit dem Anleuchten von so vielen Denkmälern und Bäumen etwas sparen, um dafür gewisse Gebäude, vor allem die Secession und das Künstlerhaus mit Scheinwerferlicht zu bestrahlen.

Den Hauptteil der langen Debattenrede von GR. Dr. Matejka nahm das Thema Schmutz und Schund ein. Er stellte fest, daß es außer den Schundbüchern für Kinder auch eine Literatur gibt, die gleichfalls zum Sammelbegriff Schmutz und Schund gehört. Diese Bücher, er nannte eine Reihe von ^{von} Kriegsverbrechern verfaßter Memoirenbänden, könne man nicht durch zureden oder Austauschaktionen beseitigen. Er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß solche Bücher auch in der letzten repräsentativen Buchausstellung in der Secession zu sehen waren. Seiner Meinung nach gibt es für Schmutz und Schund nur das Buchverbot!

Die astrologischen Ratgeber in der Presse bezeichnete er gleichfalls als unwürdig für eine Stadt mit so großer Kulturtradition, wie sie Wien hat. Die Astrologie selbst nannte er einen Teil der Bemühungen, die auf die Vernichtung der Sowjet-Union hinzielt.

Er gab dann einen ausführlichen Überblick über die Programme der Wiener Lichtspieltheater der letzten Monate und stellte fest, daß im Kapitel Schmutz und Schund die 204 heuer nach Österreich eingeführten amerikanischen Filme eine besondere Rolle spielen. Ein Ignorieren des verderblichen Einflusses auf das Kinopublikum, insbesondere aber auf die Jugend, bezeichnete er als eine gefährliche "Vogel-Strauß-Politik". Er forderte radikale Maßnahmen gegen die Einfuhr dieser Filmprodukte.

GR. Dr. Matejka gab seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in den städtischen Büchereien immer noch gewisse Autoren fehlen. In einem Antrag verlangt er die Anschaffung von Büchern sowjetrussischer und volksdemokratischer Autoren. Er bemängelt weiter, daß manche hervorragende Persönlichkeiten in Wien nicht als Gäste behandelt werden. Vom Bürgermeister werden sie nicht empfangen, auch dann nicht, wenn diese Persönlichkeiten in anderen Bundesländern begrüßt und bewirtet werden. Als Beispiele führte er einige russische Ensembles an, die in der letzten Zeit in Wien weilten. In seiner letzten Anfrage regte Dr. Matejka an, die Stadtverwaltung möge dazu beitragen, wenigstens einen Teil der Forderungen der in der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Kunst vereinigten Kulturträger erfüllen zu helfen.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) beschäftigt sich zuerst mit einer Äußerung des Generalredners der Sozialisten, die ÖVP möge nicht immer so rückschrittlich sein und den Geist Luegers zitieren. Es wurde dabei gleichzeitig gesagt, daß erst in den letzten Jahren Bedeutendes auf kulturellem Gebiet in Wien geleistet worden ist. Aber auch bei den kulturellen Aufgaben dieser Stadt, so meint die Rednerin, ist es selbstverständlich, den Geist Luegers in Erinnerung zu rufen. Gerade er war es, der auf kulturellem Gebiet Großes geleistet hat. Die Rednerin erinnert daran, daß 1908 406 städtische Volks- und Hauptschulen unter seiner Führung erbaut waren. Gerade Lueger war es auch, der zum Beispiel die kostenlose Abgabe von Lernmitteln an Schüler eingeführt hat und er war es, der auch im Volksbildungswesen große Taten gesetzt hat. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Lueger hat auch

das erste Fortbildungsschulhaus in der Mollardgasse erbaut. (Beifall bei der ÖVP; GR. Mistingher (SPÖ): Das ist ein Schandfleck für Wien gewesen!) Gerade unter Lueger wurde der Grundstein für die Urania gelegt. Es wundert mich immer, meint die Rednerin zu den Sozialisten gewendet, wenn sie sich über die Feststellung dieser Tatsachen erhitzen und ereifern. (Vizebürgermeister Weinberger: Für Sie hat die Welt erst 1918 angefangen!)

Sowohl von Stadtrat Resch wie auch von Stadtrat Mandl wurde betont, daß das eigentliche Kulturbudget sehr arm und sehr schmal ist. Mir tut Stadtrat Mandl manchmal direkt leid, daß er hier eine so bescheidene Rolle spielen muß. (Gelächter bei der SPÖ.) Es zeigt ein bißchen das schlechte Gewissen, wenn man die schmückenden Beigaben der Millionenbeträge für Stadthalle, Museum und Kulturgroschen ins Kulturbudget nimmt. Die Rednerin hält diesen Ansätzen gegenüber, daß im Voranschlag 1954 allein 50 Millionen Schilling Einnahmen aus der Vergnügungsteuer eingesetzt sind.

GR. Hiltl geht dann auf einzelne Details ein. Sie beschäftigt sich damit, daß, die Bundestheater abgerechnet, Wien nur zwei große Bühnen hätte, die Josefstadt und das Volkstheater. Man müsse daher allen Ernstes einmal überdenken, wie die Bundeshauptstadt endlich wieder zu einem richtigen Operettentheater kommt. Die Rednerin stellt auch fest, daß die Leistungen, die von der Gemeinde Wien für die Theater aufgebracht werden, nur aus dem Kulturgroschen stammen. In diesem Zusammenhang urgiert sie auch die für diese Theater übliche zusätzliche finanzielle Hilfe zur Weihnachtszeit von je 100.000 Schilling.

Aber auch die kleinen Theater, die sogenannten Kellerbühnen, werden aus dem Kulturgroschen bedacht. Die Rednerin verlangt, daß auch das Theater im Palais Esterházy in die Subventionierung einbezogen wird. Sie stellt ferner den Antrag, die Stadt Wien möge das Vermächtnis von Teschners Figurenspiegel übernehmen und nicht hinter Museumsfenstern verstauben lassen. (Beifall bei der ÖVP)

Die Rednerin kritisiert im folgenden die künstlerische Ausgestaltung von Wohnhausbauten. Sie bezeichnet den hierfür ausgeworfenen Betrag von 6,7 Millionen Schilling in der Zeit von vier Jahren als verhältnismäßig niedrig und bemängelt auch die Art der Ausführung solcher Ausschmückungen. Sie vertritt die Ansicht, die Bevölkerung müsse auch verstehen können, was die einzelnen Kunstwerke darstellen sollen.

Zum Kapitel Denkmäler regt sie an, während des Sommers weitere Denkmäler zu beleuchten und ersucht, die Statue für die Marienbrücke möglichst bald fertigstellen zu lassen. Sie verlangt ferner eine entsprechende finanzielle Förderung der Ausgrabungen in Heiligenstadt und für die Renovierung und Erhaltung der Kirche auf dem Kahlenberg, die als Wahrzeichen Wiens das Interesse aller Wiener findet.

Zum Thema der Wiener Festwochen erklärt die Rednerin, diese werden erst dann richtig und schön sein, wenn eine bestimmte typisch wienerische Linie gefunden wird. Wenn auch ein gewisser Aufstieg auf diesem Gebiet festzustellen ist, haben doch die Leistungen der Bundestheater, der Konzerthausgesellschaft und des Musikvereines den größten Anteil daran. Der wunderbare Arkadenhof, der sich für Freilichtspiele so gut eignet, dürfte nicht außer Acht gelassen werden. Man müßte einen Dichter finden, der in diesem Rahmen ein wienerisches Festspiel zur Aufführung bringen könnte. Als erfreulich begrüßt die Rednerin die vielen Bezirksveranstaltungen anläßlich der Festwochen, doch sollten diese entsprechend subventioniert werden. Den für die Festwochen durch die Stadt Wien aufgewendeten Betrag von 800.000 Schilling bezeichnet GR. Hiltl als zu gering, um tatsächlich Großes leisten zu können. Wenn es nicht gelingt, zu einer wirklich typischen wienerischen Gestaltung der Festwochen zu kommen, wäre es vielleicht besser, sie nur alle zwei oder drei Jahre abzuhalten, aber dann etwas Großes und Interessantes herauszubringen. (Beifall bei der ÖVE)

Die Festwochenplakate bezeichnet die Rednerin als ein trauriges Kapitel. Es müßten alle Künstler zur Teilnahme an den Plakatwettbewerben aufgefordert werden. Die Rednerin vertritt den Standpunkt, daß man überhaupt bei den Wettbewerben auf finanziellem Gebiet großzügiger sein müsse. Dies gilt vor allem auch für den Wettbewerb für Operettenlibretti und Filmideen.

Besondere Anerkennung verdiene die Modeschule der Stadt Wien, die jedoch weit mehr finanziell unterstützt werden müsse. Auch den Musikschulen muß gedankt werden, die ihre Tätigkeit von Jahr zu Jahr weiter ausbauen und auf die Bezirke erstrecken. Die Errichtung von weiteren Zweigstellen wäre jedoch notwendig. Die Rednerin begrüßt die Konzerte für die Schuljugend, doch regt sie an, es wäre geschmackvoller, die Karten nicht mit dem Aufdruck "Geschenk der Stadt Wien" zu versehen.

Beim Bau der Sporthalle sollte auch eine Radrennbahn und eine Schwimmhalle mit einer 50-Meter-Bahn berücksichtigt werden. Hier dürfe man nicht vom Rentabilitätsprinzip ausgehen, sondern davon, daß der Sport ein soziales Gut ist und alle Menschen Anspruch darauf haben.

Die Rednerin verweist darauf, daß im Stadionbad den Bade-gästen pro Person eine Grünfläche von 26 Quadratmetern zur Verfügung steht, jedoch im Schwimmbassin auf einen Quadratmeter drei Personen kommen. Sie tritt daher für die Schaffung eines vierten Bassins ein. (Stadtrat Afritsch: Sie haben in der Zeit zwischen 1934 und 1938 nicht einmal eine Bassena gebaut!)

Die Rednerin regt auch eine Aufstockung des Stadions an: damit könnte der Fassungsraum auf 150.000 Besucher erweitert werden.

GR. Hiltl erklärt abschließend, es müßten alle darum besorgt sein, Wien auf dem Gebiet der Kultur, der Bildung und des Sportes jenes Ansehen zu geben, das diese Stadt als Mittelpunkt unserer Heimat und Mittelpunkt Europas verdient. In der Hoffnung, daß im kommenden Jahr das Kulturbudget weniger stiefmütterlich bedacht werde, will auch ihre Fraktion diesem Abschnitt die Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP)

GR. Leibetseder (SPÖ) stellt einleitend fest, GR. Planek hätte nicht behauptet, in der Zeit Luegers wäre in dieser Stadt nichts geschehen. Er hätte nur u.a. gesagt, daß noch nie eine Stadtverwaltung in einer so universellen Form und mit so erheblichen Aufwand versucht hat, die Grundfragen des kulturellen Lebens zu lösen wie jetzt.

Er möchte nur daran erinnern, daß zum Beispiel im Jahre 1934 eine Verordnung des Stadtschulrates erlassen wurde, die die unentgeltliche Ausgabe der Lernmittel einstellt. Wir wissen, daß auch die Ära Lueger in dieser Stadt soziale und kulturelle Fortschritte mit sich gebracht hat. Wir glauben aber, daß die entscheidenden sozialen und kulturellen Fortschritte mit der Revolution des Jahres 1918 errungen wurden. Wir sind der Überzeugung, daß mit diesem historischen Zeitpunkt in unserem Lande und damit auch in dieser Stadt endgültig mit den Privilegien einer bevorrechteten Schicht aufgeräumt und die Gleichberechtigung der Menschen vollzogen wurde. (Beifall bei der SPÖ.) Mit der Gleichberechtigung der Menschen hörten auch die Unterschiede zwischen arm und reich, besonders bei den Kindern und somit in den Schulen auf.

Frau Gemeinderätin Burian hat es sich sehr einfach gemacht. Sie hat von den einzelnen Ansätzen so lange subtrahiert, bis nichts mehr davon übrig geblieben ist; auch das ist eine Methode sich mit einem Budget auseinanderzusetzen. Sie hat einige ungewisse Behauptungen aufgestellt, deren Aufklärung sie jedoch schuldig blieb. So hat sie u.a. erklärt, daß sie mit den Subventionen nicht einverstanden ist. GR. Burian hat festgestellt, daß die Ansätze für Fremdenverkehrswerbung zu niedrig gehalten sind. Die Veranstaltung der Wiener Festwochen ist aber zum Beispiel auch als Fremdenverkehrswerbung zu betrachten. Der Redner verweist auf die propagandistische Anstrengungen des Amtes für Kultur und Volksbildung auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs. Wenn heuer schon in 10 Monaten die Besucherzahlen vom Vorjahr erreicht wurden, das sind 299.000 Personen und 837.000 Nächti- gungen, dann ist es auch zum großen Teil diesen Bestrebungen zuzuschreiben.

Zu der von GR. Burian vorgebrachten Forderung, aus den Wiener Symphonikern ein städtisches Orchester zu machen, verweist er darauf, daß dieser ausgezeichnete Klangkörper durch die Subvention von 1,8 Millionen, zu denen 600.000 Schilling vom Bund beigesteuert werden, seine materielle Sicherstellung gefunden habe.

Zu den Ausführungen des GR. Dr. Matejka bemerkte der Redner, dieser habe sich bemüht, ein Bild zu zeichnen, nach dem die Kultur unserer Stadt einem infernalischem Abgrund zustrebe.

Dr. Matejka hat es in seinen Ausführungen fertiggebracht, von den astrologischen Rubriken der Zeitungen bis zur Vernichtung der Sowjetunion eine Brücke zu schlagen. Möge er auch subjektiv mit seinen Anschauungen über Schmutz und Schund recht haben, mutet es doch sonderbar an, wenn diese Anschauung von einem Mann ausgesprochen wird, dessen politische Richtung ein Beispiel für geistige Vernebelung ist. Auch in manchem, was er über Schundfilme gesagt hat, kann man beipflichten, doch seine Gesinnungsfreunde machen es nicht anders. In den Usia-Kinos werden mit denselben amerikanischen Filmen Geschäfte gemacht.

Den anerkennenden Worten, die GR. Hiltl für die Musikanstalten der Stadt Wien gefunden hatte, schließt sich der Redner mit Genugtuung an. Diese Anstalten sind bestrebt, Kunst ins Volk zu tragen. Wenn es uns gelungen ist, der Kulturkrise der Nachkriegszeit weitgehend entgegenzutreten, dann haben sie ihren großen Anteil daran.

Das Jugendgästehaus der Stadt Wien in Pötzleinsdorf bezeichnet der Redner als das internationalste Hotel Wiens. In den Monaten Jänner bis November dieses Jahres hat dieses Haus 53 Nationen beherbergt und 42.723 Nächtigungen zu verzeichnen. Auch die Modeschule der Stadt Wien kann als eine vorzügliche Schöpfung bezeichnet werden. Die Atmosphäre des Schlosses begünstigt das Zusammenwirken künstlerischen Schaffens mit handwerklichem Können.

Abschließend stellt GR. Leibetseder mit Genugtuung fest, daß in der Berichterstattung des Stadtrates für Volksbildung von Jahr zu Jahr mehr das Grundelement der Kulturpolitik der Stadt Wien in Erscheinung tritt und seine Verwirklichung findet: Kunstpflege und Kultur zum Gemeingut des gesamten Volkes zu machen.

In seinem Schlußwort führte Stadtrat Mandl aus, man könne mit Freude feststellen, daß sich das Niveau der Festwochen in den letzten Jahren bedeutend gehoben habe. Alles brauche seine Zeit, und auch die Salzburger Festspiele mußten ihre Entwicklungsstadien durchschreiten.

Der Meinung von GR. Hiltl, man müsse die Festwochen unter einem Sammeltitle gestalten, könne er nicht beipflichten. Zum Vorschlag von GR. Burian, man möge aus den Wiener Symphonikern ein städtisches Orchester machen, erklärte Stadtrat Mandl, er sei dagegen aus den Symphonikern ein pragmatisiertes Orchester zu machen. Seiner Meinung nach gibt es keine bessere Garantie für das Orchester und seine Mitglieder als den Verein der Wiener Symphoniker, dessen Präsident Vizebürgermeister Honay ist.

Zur Übernahme der Volksoper sagte der Referent, man wisse heute noch gar nicht, wie sich die zukünftige Entwicklung der Staatsbühnen gestalten wird.

Die Kinokontrolle wird in Wien schon längst durchgeführt.

Das Gluck-Denkmal ist vorhanden, doch ist noch die Frage zu klären, wo es aufgestellt werden soll.

Zum Museum der Stadt Wien bemerkte Stadtrat Mandl grundsätzlich, es werde wohl nie einen Platz in Wien geben, mit dem alle einverstanden sind. Der Karlsplatz wurde im Einvernehmen mit der Wiener Stadtplanung ausgewählt. Man hat sich auch erst nach langen Überlegungen auf diesen Ort geeinigt. Es ist schließlich auch etwas anderes, ob man, wie früher geplant, einen Prunkbau auf den Karlsplatz hinstellen will, oder ein Museum, wie es uns vorschreibt.

GR. Burian hat einen Antrag auf Benennung von Verkehrsflächen gestellt. Der Referent bemerkte dazu, daß sich in Wien allein zwölf Strauß-Gassehund-Plätze befinden. Trotzdem wolle er den Antrag zur weiteren Behandlung empfehlen.

Zu den Ausführungen von Dr. Matejka meint der Stadtrat, er nehme sich jedes Jahr vor, besonders gut zuzuhören; aber Dr. Matejka möge ihm selbst sagen, wie der Referent das alles beantworten solle. Alle Fragen, die Dr. Matejka angeschnitten hat, sind solche, mit denen sich das Kulturamt längst beschäftigt. Diese Probleme lassen sich jedoch nicht von heute auf morgen lösen.

Stadtrat Mandl greift hierauf einiges von den Ausführungen Dr. Matejkas heraus: Wenn man jetzt nicht in der Lage ist, eine Radrennbahn für die Sporthalle einzubauen, könne nicht gesagt werden, daß deshalb die ganze Halle "nichts mehr heißt". Eine Kommission von Fachleuten war in 21 europäischen Städten. In keiner dieser Städte existiert eine reine Sporthalle. Das muß uns doch zu denken geben. Wir haben hier nicht Versammlungsreden zu halten, sondern verantwortungsbewußte Arbeit zu leisten.

85 Prozent aller Sportveranstaltungen, führte der Referent zur Frage der Besteuerung an, werden mit zehn Prozent versteuert. Nur die Veranstaltungen des Geschäftssportes bezahlen eine höhere Steuer. Will man wirklich von der Gemeinde verlangen, daß man einem Verein, der ein großes Spiel absolviert, die Steuern ermäßigt, damit er seine Einnahmen erhöhen kann? Der Referent führt an, daß ein Verein nach einer Südamerikatournee, jedem seiner Spieler 35.000 Schilling gegeben hat, ein anderer 20.000 Schilling.

Die Bücher, deren Fehlen Dr. Matejka in den städtischen Büchereien kritisiert, hat, sind alle in den Bibliotheken vorhanden.

Zu der Ausschmückung der Gemeindebauten, versicherte Stadtrat Mandl, daß das eine Prozent, das für die künstlerische Ausschmückung ausgegeben werden soll, auch wirklich zur Verfügung gestellt wird.

Bei den Bundestheatern sollte man nicht vergessen, daß diese schließlich aus Steuergeldern erhalten werden. 45 Prozent des gesamten Steueraufkommens in Österreich werden aber von der Wiener Bevölkerung getragen. So ganz ohne Anspruch auf die Leistungen der Bundestheater ist Wien also nicht.

Die urgierte Weihnachtsaushilfe für die Privattheater ist bereits beantragt.

Zu der verlangten Subventionierung des Theaters im Palais Esterházy bemerkt der Referent, das Gutachten seines Theaterreferenten über diese Bühne sei nicht so günstig.

Zum Schluß behandelte der Stadtrat die Frage von Teschners Figurenspiegel. Es gibt niemanden mehr, so führte er aus, und das ist vielleicht die Tragik dieser einmaligen Menschen, der solche Puppen nachmachen oder gar neu schöpfen könnte. Bei Teschner stand man eben vor der Frage, seine Figuren im Museum verstauben zu lassen oder sie in die Theatersammlung der Nationalbibliothek zu geben, wohin Teschner schon zu Lebzeiten einen Teil seiner Figuren gebracht hat.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des III. Hauptstückes des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlags der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ angenommen. Die diversen Anträge werden teilweise abgelehnt, teilweise auf Empfehlung des Referenten der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Marek, unterbricht die Sitzung um 20.20 Uhr. Die Beratungen über den Voranschlag werden morgen, Mittwoch, um 9 Uhr, wieder aufgenommen. Vizebürgermeister Honay wird über das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien referieren.

Richtigstellung

=====

Auf Blatt 2125 soll es in der 7. Zeile anstatt "der Bund den Grundsatz vertritt" heißen: "die Länder und die Gemeinden den Grundsatz vertreten".

Obersenatsrat Johann Barousch 70 Jahre

=====

15. Dezember (RK) Der verdienstvolle ehemalige Beamte des Stadtbauamtes, Obersenatsrat Dipl.Ing. Johann Barousch, der seit 1952 Geschäftsführer der Wiener Betriebs- und Baugesellschaft ist, feiert morgen, am 16. Dezember, seinen 70. Geburtstag. Stadtrat Thaller hat ihm aus diesem Anlaß ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben übermittelt.

Entfallende Sprechstunde
=====

15. Dezember (RK) Donnerstag, den 17. Dezember, entfällt die Sprechstunde beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

Schweinehauptmarkt vom 15. Dezember
=====

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren aus dem Inland: 8.456 Schweine. Gesamtauftrieb: 8.456. Verkauft 8.427, unverkauft 29 Schweine. Kontumazanlage: 206.

Preise: Extrem und I. Qualität 17.20 bis 17.80 S (Schlachtgewichtspreis), I. Qualität 14 S (Lebendgewichtspreis), II. Qualität 13.50 bis 13.90 S, III. Qualität 13 bis 13.50 S, Zuchten 11.50 bis 13 S, Altschneider 10.50 bis 12 S.

Bei lobhaftem Marktverkehr und Qualitätsverbesserung verbilligten sich sämtliche Qualitäten bis zu 25 Groschen.